

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich zusätzlich Zustellgebühr Anzeigenpreise nach Vereinbarung Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit

Redaktion und Verlag: Berlin SW 19, Inselstr. 8a Fernruf: F 7 Jannowitz 5909. Postcheckkonto Berlin Nr. 904 60 (Internationale Verlagsanstalt G m b H.).

NUMMER 287 B

BERLIN • Mittwoch, den 4. Januar 1933

2 JAHRGANG

Der imperialistische Raubzug in China.

Die Verfassung wird weiter abgebaut.

W-er. Die „Berliner Börsen-Zeitung“, das Zentralorgan der Menschen, für die die Verfassung lediglich ein Stück Papier ist, beschimpft in der Nummer vom 3. Januar innerhalb der deutschen Republik die Republikaner, weil sie „durch irgend eine Indiskretion Wind davon bekommen haben, daß in der preußischen Kommissariatsregierung eine neue Durchführungsverordnung zur Verwaltungsreform in Vorbereitung sei.“

Es handelt sich offenbar um einen noch weiter als bisher ausholenden Schlag, den die preußische Nebenregierung, die durch den Gewaltstreich vom 20. Juli ins Amt gesetzt wurde, auf dem Verordnungswege gegen die Republik zu führen gedenkt. Selbstverständlich veröffentlicht der Amtliche Preußische Pressedienst eine Erklärung, wonach es sich hierbei nur um eine Verbilligung der Verwaltung handeln soll. Wer die jüngsten Dementis dieses Japaner-Pressedienstes gelesen und die Aktionen der ebenso famosen kommissarischen Nebenregierung beobachtet hat, der weiß, daß er keinen Grund hat, den republikanischen Versicherungen dieses Pressedienstes andere zu vertrauen, als das zu glauben, was er dementiert. Das „Berliner Tageblatt“ stellt naiver Weise fest,

„daß das preußische Staatsministerium, die Regierung Braun, von den Reformplänen der kommissarischen Regierung keinerlei Kenntnis besitzt.“

Man scheint sie bei der Ausarbeitung und Durchführung wiederum ganz übergehen zu wollen“. Das scheint also jetzt sogar den Republikanern einzugehen!

Die heutigen Machthaber in Preußen und in Deutschland werden nur dann ihre Finger von der republikanischen Verfassung und von den republikanischen Beamten lassen, wenn ihnen von den Republikanern — wozu diese heute noch nach der Verfassung berechtigt sind — ganz erbarmungslos auf die verfassungswidrigen Pfoten geklopft wird. Die Arbeiterschaft hat in der Tat keinen Augenblick Zeit mehr, sich die Arroganz einer vor Uebermut sich überkugelnden monarchistischen und reaktionären Bürokratie weiter gefallen zu lassen, die ebenso schamlos wie verfassungswidrig republikanische Beamte abbaut mit der längst als bloße Ausrede erkannten Begründung, hier sparen zu wollen.

Das greulichste Bild von politischer Liederlichkeit bietet die Regierung Braun in diesen Streitfällen. Diese in ihrer völligen Passivität sich zeigende politische Feigheit und grenzenlose Grundsatzlosigkeit darf die Arbeiterschaft nicht ebenfalls zum Nichtstun bewegen und sie darüber hinwegtäuschen, daß mit den ständigen nach und nach durchgeführten „Verordnungen“ ihr der Lebensnerv gleichsam zentimeterweise abgeschnitten wird. All die harmlos klingenden Bezeichnungen, wie Aenderung des Disziplinarstrafrechts für die richterlichen Beamten, Aenderung des Landrechts von 1883, Ueberweisung der Rechte der Provinzialschulkollegien an die Oberpräsidien, all solche der Arbeiterschaft leider fast ganz unbekannt gebliebenen Einrichtungen können beliebig geändert werden, ohne daß in der Arbeiterschaft ein wesentlicher Protest laut wird. Die Not der Zeit hat dazu geführt, daß abgesehen von der Sorge um das Stück Brot und den Happen Margarine kaum noch Raum bleibt in dem Interessenkreis der Arbeiterschaft. Aber so groß diese Not auch ist, und so wichtig selbstverständlich die Beschäftigung mit der Sicherung des notwendigsten Lebensbedarfs ist, —

die Arbeiterschaft muß sich trotz des Hungers den Blick offen halten für die drohenden Zustände, die schlimmer sind als der Hunger, Zustände geistiger Sklaverei, wie sie sich erst jüngst in dem Vorstoß des faschistischen und katholischen Pfaffentums gegen das Deutsche Theater gezeigt hat, und Zustände, wie sie in der auch rein körperlichen Vernichtung der Arbeiter in dem auch für Europa drohenden Krieg gipfeln.

Der „Burgfriede“ ist jetzt zu Ende gegangen. Wir halten es für selbstverständlich, daß die paar Freiheiten, die innerhalb der deutschen Republik von den politischen und konfessionellen Zensoren noch erlaubt geblieben sind, ausgenutzt werden zur Aufhellung der Köpfe und zur Ermütigung der Herzen für den Schlag, den die Reaktion längst verdient hat.

Gu-n. Die japanischen Truppen haben in der Nacht zum Dienstag „den Fuß in das eigentliche China gesetzt“ — so heißt es in siegestrunkenen japanischen Meldungen aus Mukden. Die Stadt Schanghai kwang, die erste, die unmittelbar südlich der alten chinesischen Mauer, südlich der Provinz Jehol, am Meere liegt, ist in der Nacht zum Dienstag von den Japanern vollständig besetzt worden.

Der Einbruch in die Provinz Tschili, deren Hauptstadt Peking ist, hat also begonnen.

Um die Eroberung von Schanghai kwang ist seit Sonntagabend erbittert gekämpft worden. Nach Sowjet-Meldungen sind über 100 Chinesen getötet worden. Der japanische Angriff auf die Stadt erfolgte mit großem Truppeneinsatz (Hin-

AUS DEM INHALT:

Tumulte in der SA.

Bauernaufuhr in Steiermark.

Bilanz der Kriegshetze.

Folgen der Fraktionspolitik.

Die deutschen Gewerksvereine.

Arbeitslosigkeit im menschenärmster Erdteil.

Um die flüchtigen Mörder.

Den Auslieferungsantrag gegen die nationalsozialistischen Dresdener Fememörder hat das Berliner Auswärtige Amt am Sonnabend an den deutschen Botschafter in Rom weitergegeben. Der Antrag wird jetzt also bereits in Händen der italienischen Regierung sein. Außerdem hat die sächsische Regierung den deutschen Generalkonsul in Mailand ersucht, bei den zuständigen italienischen Polizeibehörden die Festnahme etwaiger Verdächtiger in Bozen zu veranlassen.

Der sächsische Generalstaatsanwalt Schlegel hat beim sächsischen Landtag die Aufhebung der Immunität des der Begünstigung, vielleicht sogar Anstiftung des Fememordes, dringend verdächtigen Nazi-Abgeordneten Bennecke beantragt. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat des-

wegen beantragt, den Landtag statt am 19. bereits am 16. Januar zusammentreten zu lassen.

Politischer Massenmord? Revolutionäre ins Meer versenkt?

Ein Taucher fand im Hafen von Valparaiso (Chile) auf dem Meeresgrunde zehn Leichen, die an Eisenschienen festgebunden waren. Man glaubt, daß es sich um einen politischen Massenmord handelt: Eine der Leichen soll die des seit vergangenen Juli verschollenen Kommunistenführers Anabalon sein. Anabalon hatte eine starke kommunistische Propaganda während der Amtszeit des Präsidenten Davila entwickelt.

zuziehung zweier Regimenter), mit Unterstützung durch Bombengeschwader und Artillerie. Diese Mitteilung geht auf japanische Quellen zurück. Damit sind die noch am Montag vom japanischen Hauptquartier kolportierten Meldungen,

daß die „militärischen Maßnahmen“ der Japaner in Schanghai kwang auf die Tötung dreier japanischer Soldaten und eines Offiziers durch Chinesen zurückzuführen seien, als Lügen entlarvt;

zum Schutz des Lebens von ein paar Japanern wäre kein Großangriff mit Artillerie und Bombengeschwadern nötig.

Ebenso verlogen sind die ununterbrochenen Bemühungen, dem nordchinesischen General Tschanghsuoliang die Verantwortung für die überstürzte Okkupation der Provinz Tschili zuzuschreiben. Ein Oberst von der japanischen Gesandtschaft in Peking hat dem General Tschanghsuoliang am Montagabend ein Ultimatum überreicht; wenn nicht innerhalb von 24 Stunden „eine befriedigende Regelung des Zwischenfalls (!) erfolgt sei“, würden die Japaner „die notwendigen Schritte“ ergreifen.

Anders ausgedrückt: Spätestens am Dienstagabend beginnt der Vormarsch auf Peking.

Die Entfernung Schanghai kwang-Peking beträgt etwa 300 Kilometer; von Tientsin aus, wohin — wie gemeldet — am Sonntag acht japanische Kriegsschiffe von Schanghai aus abgedampft sind, liegt Peking nur 100 Kilometer entfernt. Ob Peking noch in dieser Woche von den japanischen Räubern besetzt werden wird, hängt von dem Widerstand der Chinesen ab. Ueber den liegen bisher nur japanische Meldungen vor, die wertlos sind, da sie die Tendenz an der Stirn tragen, den Krieg weiterzutragen und auch die ferne Nanking-Regierung in den Krieg hineinzuziehen, zunächst: hineinzumelden.

Das chinesische Außenministerium hat in einer der japanischen Vertretung in Schanghai überreichten Note gegen Japans Vormarsch protestiert. Es mutet aber wie Hohn an, daß die chinesische Regierung „droht“, sich an den Völkerbund wenden zu wollen, um durch dessen Vermittlung die Japaner zur Einstellung ihres Feldzuges zu veranlassen.

Kein Arbeiter, z. B. in Deutschland, soll sich darüber täuschen, wie nahe ihn die Ereignisse im Fernen Osten an-

gehen. Wir haben gestern eine Reihe Anzeichen genannt, die äußerst deutlich den Angriffsgeist der Japaner gegenüber Rußland zeigen. Wir können diese Mitteilungen heute ergänzen:

1. Die Japaner haben den Bau einer Bahn in Angriff genommen, die drei nordkoreanische Häfen mit der chinesischen Ostbahn verbinden soll, die also etwa in Charbin auf die Ostbahn stoßen würde. Diese neue Bahn hat strategisch die Bedeutung, daß durch sie die geradeswegs nach Sibirien führende chinesische Ostbahn den Japanern unmittelbar von den Häfen des Japanischen Meeres aus zugänglich wäre, während zur Zeit der russische Hafen Wladiwostok am Japanischen Meer der einzige Zugang zur chinesischen Ostbahn ist.

2. In Nordjapan werden drei Flughäfen errichtet

Man kann die Nähe dieser Gefahr nicht ernst genug einschätzen. Lassen wir uns nicht dadurch beruhigen, daß zur Zeit keinerlei militärische Plänkelleien zwischen japanischen und russischen Truppen stattfinden. Ein Blick auf die Karte zeigt uns, daß

erst die Besetzung Nordchinas einschließlich des Hafens Tientsin und außerdem der östlichen Mongolei den Japanern eine breite Operationsbasis für einen Angriff auf Rußland bieten würde. Der jetzige Krieg in China ist also, militärisch gesehen, für den gegen Rußland eine unmittelbare Vorbereitung.

Unsere Aufgabe.

Selbst abgesehen von dem ungeheuren Schlag, den eine Erledigung des einzigen revolutionären Staates für die internationale Arbeiterschaft bedeuten würde, ist es kaum vorstellbar, daß der Angriff zunächst auch nur eines einzigen imperialistischen Großräubers lokalisiert werden könnte, daß nicht vielmehr

auch die deutschen Arbeiter als Kanonenfutter hineingezogen werden würden — wenn sie nicht verstehen, dieses Verbrechen zu verhindern.

Die Frage, wie dies geschehen soll, ist gleichbedeutend mit der Frage, wie überhaupt — hart auf hart — die Arbeiter

schaft den Klassengegner an der Wurzel treffen kann. Die hier notwendigen Mittel sind für die Kriegsabwehr im wesentlichen dieselben, wie im Falle eines Ausbruchs des offenen faschistischen Terrors, wie im Falle irgend eines anderen Großangriffs der Ausbeuterklassen.

In einem derartigen Abwehrkampf fällt die Entscheidung nicht auf den Stempelstellen.

In den Betrieben, und zwar in den lebens- und kriegswichtigen Betrieben, fällt sie. Die Arbeiterschaft muß sich darauf vorbereiten. Dazu bedarf es gewissenhafter, kluger, fortlaufend gepflegter Verständigung von Betriebsarbeiter zu Betriebsarbeiter, und zwar

ausschließlich unter Beachtung der für eine solche Arbeit erforderlichen Eignung, ohne Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit. Wir sehen in diesem Aufbau der Einheitsfront in den Betrieben, aus einzelnen Bausteinen,

in zäher Kleinarbeit, das Wertvollste, was jetzt zur Schaffung der Einheitsfront getan werden kann.

Hier, d. h. bei den einzelnen Genossen, liegt nämlich der Boden, in dem allein die aktive Kraft einer Einheitsfront wurzeln kann.

Natürlich muß nach wie vor die Vernunft der Führer der großen Organisationen gefordert werden, die durch wenige entschiedene organisatorische Schritte die Schaffung einer solchen Front ungeheuer erleichtern können. Die geschilderte Fühlungnahme der einzelnen Genossen in den Betrieben darf aber nicht hinausgeschoben werden, bis die Fahrdienstleiter an der Spitze der Organisationen die Fahrt freigeben für die große Einheitsfront der Arbeiterorganisationen.

Die Betriebsräte wahlen bieten Gelegenheit, diese Gesichtspunkte zu beachten, und nichts zu tun, was geeignet ist, den praktischen Zusammenschluß der Kollegen in den Betrieben zu erschweren.

Bauernaufuhr in Steiermark.

In Vorau in der Steiermark sind große Bauernunruhen ausgebrochen, gegen die die österreichische Regierung mit sohartem Militäraufgebot vorgegangen ist. Infolgedessen gleicht das Gebiet seit Tagen einem Feldlager. Soldaten mit Stahlhelmen und Gasmasken bewaffnet, patrouillieren auf den Straßen, im Gemeindeamt sind vier Maschinengewehre aufgestellt, weitere Maschinengewehre werden auf Lastautos angefahren.

Die Unruhen sind ausgebrochen im Zusammenhang mit einigen Zwangsvollstreckungen, die die Bauern abwehren wollten. Die besondere Wut der Bauern gilt der Krankenkasse: erst seit einigen Jahren sind sie gezwungen, die bei ihnen beschäftigten Arbeiter zu versichern. Je mehr die Preise landwirtschaftlicher Erzeugnisse sinken, desto schwerer drückt der Beitrag zur Krankenkasse auf die Bauern. Als sie sich kürzlich gegen die Zwangsversteigerung eines Schweines, mit dessen Erlös ausstehende Krankenkassenbeiträge gezahlt werden sollten, wehrten, wurden mehrere Steuer- und Gemeindebeamten verletzt. Vier Bauern wurden deswegen verhaftet und nach Graz gebracht. Etwa 2000 Bauern drohten daraufhin mit einem „Marsch auf Graz“ zur Befreiung der Gefangenen.

Wer politisch die Bewegung führt, ist aus den vorliegenden Berichten schwer zu ersehen. Auf einer der Versamm-

lungen der Bauern sprachen ein Kommunist, ein Heimwehrmann, ein Nazi und ein Christlich-Sozialer Landtagsabgeordneter. Dieser wurde allerdings von den Bauern sehr energisch abgelehnt. Sie nahmen ihn fest und drohten, ihn nicht auszuliefern, ehe die verhafteten Bauern freigelassen worden seien. Schließlich gelang es den Behörden aber doch, den Christlich-Sozialen zu befreien. Auf einer späteren Versammlung in Vorau wurde auch ein nationalsozialistischer Redner niedergeschrien und mußte vorzeitig die Tribüne verlassen.

Als die Lage in Vorau den dortigen Behörden bedrohlich zu werden schien, da jeder Vorstoß der dort versammelten 1500-2000 Bauern zu Gewalttätigkeiten und Kämpfen mit dem Militär führen konnte, beriefen sie eine Versammlung der Bürgermeister der Oststeiermark ein, an der auch Delegierte der Bauern teilnahmen. Es wurde beschlossen, daß sich der Vorauer Untersuchungsrichter, gemeinsam mit zwei Delegierten der Bauern, mit der Staatsanwaltschaft in Graz in Verbindung setzen sollte, um die Freilassung der verhafteten Bauern zu erwirken. Nach einiger Zeit konnte den versammelten Bauern berichtet werden, daß ihre Forderung erfüllt sei. Daraufhin verließen die Bauern Vorau wieder, und es hat den Anschein, als seien die Unruhen damit beendet.

Auflösung des irischen Landtages.

Unerwarteterweise hat der irische Ministerpräsident De Valera am Dienstag die Auflösung des Landtages verkündet. Die Neuwahlen werden am 24. Januar stattfinden, die erste Sitzung des neuen Parlaments bereits am 8. Februar.

Diese plötzliche Auflösung des Landtages und die kurze Zeit, die für die Wahlkampagne zur Verfügung steht, scheinen ein kluger Schachzug De Valeras zu sein. Seit einiger Zeit ist seine Regierung von zwei Seiten her bedroht: die Labour Party wollte ihn nur unter der Bedingung weiter tolerieren, daß er die beabsichtigte Kürzung der Beamtengehälter nicht durchführt. Dazu kommt die bevorstehende Gründung einer Nationalpartei, die einen Block der Cosgrave-Partei und der kleineren im Parlament vertretenen Gruppen darstellen würde. Bisher ist die Partei noch nicht gebildet worden und sie wird auch vor dem 24. Januar keine Gelegenheit haben, das Land für sich zu gewinnen. Hätte sie vor den Neuwahlen noch einige Monate Zeit, so könnte sie vielleicht De Valera aus dem Amt verdrängen. Wie die Dinge jetzt stehen, hofft De Valera sogar, daß seine Partei, Fianna Fail, die absolute Mehrheit im neuen Landtag erreichen wird und daß er dann, als Führer einer gefestigten Regierung, England in der Schuldenfrage zum Nachgeben zwingen kann.

Aus Sparsamkeitsgründen werden die diesjährigen Manöver der britischen Kriegsflotte nicht die üblichen gemeinsamen Manöver der Mittelmeerflotte und der Heimatflotte einschließen.

Atomzertrümmerung und Krebsbehandlung.

In den Atomen, den Bausteinen aller Stoffe, sind gewaltige Energien enthalten. Diese Energie kann aber zu irgendwelcher Arbeitsleistung nicht benutzt werden, so lange sie nicht durch die Zertrümmerung der Atome freigesetzt wird. Eine solche Zertrümmerung der Atome ist nun freilich schon vor Jahren gelungen, aber nur unter so hohen Kosten, daß sie praktisch zur Energiegewinnung für technische Zwecke nicht in Frage kommt. Wohl aber können diese gewaltigen Energiebeiträge für besondere Zwecke, z. B. bei der Heilung von Krankheiten einmal bedeutungsvoll werden. Für diese Annahme liegen jetzt festere Anhaltspunkte vor.

Die Versuche über die Zertrümmerung der Atome sind fortgesetzt worden. Man braucht dazu vor allem sehr hohe elektrische Spannungen. Zunächst wurde, und zwar in den Alpen, der Versuch unternommen, hierzu die Gewitterelektrizität auszunutzen; jedoch war man hierbei zu sehr vom Wetter abhängig. Jetzt ist es gelungen, künstliche Spannungen bis zu 2,4 Millionen Volt herzustellen. Wird diese Spannung durch ein mit verdünntem Gas gefülltes Rohr entladen, so entstehen aus diesem Gas durch Zerstörung eines Teils seiner Atome kleine Elektrizitätsträger, die sich mit großer Geschwindigkeit bewegen und dadurch zu einer Strahlung werden, die gewaltige Leistungen vollbringen kann, die z. B. die Oberfläche von Metallen zerstört.

Diese Strahlen wirken ähnlich wie die Radium- und Röntgenstrahlen, zeichnen sich aber durch ihre besonders starke Wirkung von diesen anderen Strahlungsquellen aus. Darum hat man versucht, sie an Stelle von Radium für die Behandlung von Krebskrankheiten zu benutzen. In der Tat können, wie Tierversuche zeigen, die durch Atomzertrümmerung gewonnenen Strahlen Krebsgewebe zerstören, wobei allerdings immer noch die Gefahr besteht, daß auch das gesunde Gewebe Schaden erleidet. Wengleich also die medizinische Verwendung ausichtsreich erscheint, wird man noch weitere Untersuchungen, vor allem auch an Menschen abwarten müssen.

Verbannte spanische Monarchisten geflohen

Aus Villa Cisneros, der spanischen Strafkolonie in Rio de Oro, nach der im Anschluß an den Monarchistenputsch von Sanjurjo 138 Monarchisten verbannt worden sind, sind 29 Gefangene auf einem französischen Segelboot entflohen. Obwohl die Flucht dieser Offiziere und Aristokraten angeblich durch die Hilfe einheimischer Fischer erleichtert worden ist, so wäre sie doch wahrscheinlich unmöglich gewesen, wenn nicht Beamte der Kolonie dabei geholfen hätten. Es ist daher von Interesse, ob die spanische Regierung sich darauf beschränken wird, sich wegen dieser Angelegenheit mit der französischen Regierung in Verbindung zu setzen (da die Flucht auf einem französischen Boot erfolgt sein soll) oder ob sie auch untersuchen wird, welche Rolle die spanischen Beamten bei dieser Flucht gespielt haben.

Frankreich will sparen.

Die ersten Sparmaßnahmen des französischen Finanzministers Chéren sind nun in Form eines Gesetzentwurfes dem Staatspräsidenten unterbreitet worden. Die darin enthaltenen Bestimmungen sind: eine einjährige, Einstellungssperre für Beamte und Staatsarbeiter, eine Einschränkung der Rekrutierung für Armee und Marine; außerdem sollen künftig alle öffentlichen Ausgaben der Kontrolle des Rechnungshofes unterliegen, während bisher manche Ausgaben dieser Kontrolle entzogen waren.

Der Zentralvollzugsausschuß der Sowjet-Union hat das bisherige Mitglied des Kollegiums des Außenkommissariats, Boris Stein, zum Gesandten in Finnland ernannt.

Beobachtungen an Grabwespen.

Die Grabwespe ist schon lange bekannt als ein Insekt, das in den Sandboden Löcher gräbt, dort hinein gefangene und betäubte Raupen trägt, die der in diesem Nest lebenden Wespenlarve zur Nahrung dienen. Nach neuen Versuchen von Molitor vollzieht sich diese Tätigkeit etwa so: Die Wespe gräbt mit Hilfe ihrer Mundwerkzeuge das Nest. Dann sucht sie eine Raupe, betäubt diese durch Einspritzen eines Giftes, und zwar spritzt die Wespe das Gift mit Hilfe ihres Stachels anscheinend in die Nervenknotten jedes einzelnen Körperabschnitts der Raupe. Die betäubte Raupe, die nach den Stichen noch mehrere Tage am Leben bleiben kann, wird ins Nest getragen und dann legt die Wespe ein Ei auf die Raupe. Das Nest wird mit Hilfe der Vorderbeine zugescharft, wozu Sandkörner oder kleine Steine benutzt werden. Meist werden von einer Grabwespe mehrere solcher Nester in unmittelbarer Nähe angelegt. Der aus dem Ei geschlüpfte Larve werden dann dauernd wieder neue Raupen zur Nahrung geliefert. Daß die Raupen nicht getötet, sondern nur betäubt werden, ist wahrscheinlich insofern vorteilhaft, als die Nahrung dann längere Zeit frisch bleibt.

Die Tätigkeit dieser Wespenart macht auf den ersten Blick natürlich den Eindruck höchst intelligenter Handlungen. Bei genauerer Untersuchung zeigt sich aber, daß es sich nur um ererbte Instinkte handelt, die die beschriebenen Tätigkeiten sozusagen ganz mechanisch bedingen. Daß die Wespe sich diese Tätigkeit wirklich nicht überlegt, sondern sie unbewußt und triebhaft durchführt, wird dadurch deutlich, daß sie unter etwas abweichenden Umständen oftmals nach genau dem gleichen „Schema“ handelt, obwohl dies für die abweichenden Umstände gar keinen Sinn hat. Sieht es beispielsweise nicht sehr nach vernünftiger Ueberlegung aus, wenn die Wespe ihr Nest mit Halmen bedeckt, sodaß feindliche Tiere es nicht so leicht finden können? In Wahrheit aber ist dieses Bedecken mit Halmen nur eine Instinktätigkeit; denn es wird auch dann vorgenommen, wenn es gar nicht „vernünftig“ ist, wenn nämlich im Um-

Die Schweiz, das Land demokratischer Freiheit.

Die schweizerischen Bundesbahnen haben in Anlehnung an den Beschluß des Bundesrats, wonach Mitglieder der kommunistischen Partei ab 1. Januar nicht mehr im Staatsdienst als Angestellte oder Arbeiter goduldet werden, auch ihre Beamten, Angestellten und Arbeiter, die bisher der kommunistischen Partei angehört, zu einer Erklärung aufgefordert. Entweder sie teilen schriftlich mit, daß sie vom 1. Januar 1933 ab

nicht mehr der kommunistischen Partei oder irgend einer kommunistischen Organisation angehören und daß sie auch, solange sie im Dienst sind, sich nicht mehr dazu zählen, oder sie haben sich als sofort entlassen zu betrachten.

Geständnis nach sieben Jahren.

Kürzlich erhängte sich in einem Gefängnis in Luxemburg ein bulgarischer Gefangener, der wegen Ermordung und Beraubung eines katholischen Geistlichen angeklagt war. Er hinterließ ein schriftliches Geständnis, in dem er angibt, der Urheber des im Jahre 1925 verübten Bombenattentats auf die Kathedrale von Sofia zu sein, bei dem 140 Personen getötet und 200 verletzt worden sind.

Einem Polizisten die Nase abgeblissen.

In Emmagrube bei Radlyn (Polnisch-Oberschlesien) kam es in der Silvesternacht zwischen der Polizei und mehreren Arbeitern zu einem Zusammenstoß, bei dem einem Polizisten die Nase abgeblissen wurde. Die Täter sind verhaftet worden.

„Malygin“ ist in Not, der bekannte russische Eisbrecher. Er funkte, daß er bei Spitzbergen gestrandet sei. Eisbrecher „Sedow“, der in der Nähe war, versuchte vergeblich, dem „Malygin“ zu helfen. Die Sowjetregierung hat den größten russischen Eisbrecher, „Lenin“, von Archangelsk aus dem „Malygin“ zu Hilfe geschickt.

Eine schwere Grippeepidemie herrscht zur Zeit in England. Allein in Birmingham starben innerhalb der vergangenen Woche 87 Menschen an Grippe. Auch in London sind die Krankenhäuser überfüllt.

Mord oder Selbstmord?

Am Dienstag morgen, gegen 6 Uhr, hörten Arbeiter in Wittenberg (Bezirk Halle) Hilferufe aus der Erde dringen. Die sofort benachrichtigte Polizei und Feuerwehr fand unter einem Kanaldeckel in einer nur fünfzig Zentimeter breiten Kanalaröhre einen schwerverletzten Menschen. Erst nach zweieinhalbstündiger Arbeit gelang es, mittels aneinander gebundener Stangen und eines Hakens, den Unglücklichen aus seiner schrecklichen Lage zu befreien, doch war er inzwischen gestorben. Es handelt sich um den 65 Jahre alten Arbeiter Vossen. Dem Toten war die linke Pulsader zweimal durchschnitten, in der Brusttasche fand man ein blutiges Messer. Es scheint, daß ein Verbrechen vorliegt, denn wie hätte sonst der Kanaldeckel wieder über das Rohr gelegt werden können, außerdem ist es zum mindesten eigenartig, daß ein Selbstmörder für sein Vorhaben eine so enge Röhre wählt. Die Verletzungen müssen vorher beigebracht worden sein.

Die Gefährdung der Menschlichkeit durch die Kirche.

D.F.V. Die Katholiken in Kapstadt haben gegen die Errichtung einer Frauenklinik Protest erhoben, weil sie darin ein Mittel zur Geburtenbeschränkung erblicken. Aber trotz dieses Protestes wurde die Klinik auf Empfehlung der Behörde in einer Vorstadt von Kapstadt errichtet.

Derartige Fälle werden ja nur selten in der Öffentlichkeit bekannt; sie lassen ahnen, wie es dort aussieht mag, wo die Kirche nicht auf Widerstand stößt.

Ende des politischen „Burgfriedens“.

Ab Dienstag, den 3. Januar, sind sowohl öffentliche politische Versammlungen wie auch Aufzüge unter freiem Himmel wieder erlaubt; sie sind weder genehmigungs-, noch anmeldepflichtig.

kreis sonst keine Pflanzen vorhanden sind, und die mit Halmen bedeckten Nester auf der kahlen Sandfläche gerade auffallen müssen.

Es kommt zwar auch bei Menschen nicht selten vor, daß einige Tätigkeiten triebhaft nach einem Schema erledigt werden; aber die Menschen sind außerdem fähig, sich neuartigen Situationen durch Ueberlegung anzupassen. Bei den Grabwespen jedoch, wie auch bei den anderen Insekten, fehlen bisher gesicherte Beweise für die Fähigkeit zu solcher Ueberlegung. Bg.

Warum schlafen wir?

Bg. Nicht vom politischen Winterschlaf soll hier die Rede sein, sondern vom normalen Schlaf, über dessen Rätsel wohl jeder schon einmal nachgedacht hat.

Auskunft erhalten wir in dem schönen, leicht verständlichen, leider aber schwer käuflichen (4,80 Mark!) Buch von Winterstein: „Schlaf und Traum“, Berlin 1932. Entstehung und biologische Bedeutung des Schlafs werden behandelt, sodann die Schlaflosigkeit, Narkose, Winterschlaf und hypnotischer Schlaf. Endlich auch Entstehung und Deutung der Träume.

Leider sind die interessanten Forschungsergebnisse, über die in anschaulicher Weise berichtet wird, zum Teil mit Methoden gewonnen worden, die nur darum nicht strafbar sind, weil Gesetz und Recht in unserer Gesellschaft höchstens zufällig einmal übereinstimmen. Da sollen z. B. die Wirkungen der Schlaflosigkeit festgestellt werden. Kann Schlaflosigkeit töten? Zwar wird erzählt, daß in China und anderen Ländern Verbrecher zum Tode durch Schlaflosigkeit verurteilt worden sind; aber der Forscher glaubt nicht recht an diese Berichte, also greift er zum Tierversuch. „Vor allem ganz junge Hunde wurden dazu ausgewählt, weil sie wegen ihres großen Schlafbedürfnisses hierzu besonders geeignet erschienen. Es soll hier nicht auf die verschiedenen, zum Teil recht grausamen Verfahren eingegangen werden (warum nicht? Bg.), die man anwandte, um die Tiere am Schlafen zu verhindern.“

Tumulte innerhalb der SA.

SA gegen SA.

In München schlugen sich Nazianhänger verschiedener Richtungen zu Beginn des neuen Jahres die Köpfe blutig. So entbrannte in einem Nazicafé ein Kampf mit Stuhlbeinen, nach dem drei Mann mit schweren Kopfverletzungen weggetragen werden mußten. — In einem Weinlokal geriet ein SS-Mann mit einem SA-Mann in Streit; auf der Straße schlug der SS-Mann dann seinen „Kameraden“ nieder, der ins Krankenhaus gebracht werden mußte. — In einem Bierlokal im Stadtzentrum entstanden blutige Meinungsverschiedenheiten über „Ehrenbezeugungen“. Derselbe Anlaß kostete dem Nationalsozialisten Mayr das Leben. Mayr hatte bei einer Festlichkeit einer Parteigruppe dem Sturmführer keine „Ehrenbezeugung“ erwiesen, da er infolge einer Kriegsverletzung nicht aufstehen konnte. Darauf schlug ihm der Sturmbannführer ein Bierglas mit solcher Wucht auf den Kopf, daß Mayr an den Folgen starb.

In Magdeburg wurde am Neujahrsmorgen der Naziredakteur Bartholdy durch einen Schuß in den Rücken von zwei SA-Leuten, mit denen er kurz vorher noch gezecht hatte, schwer verletzt.

SA-Meuterei in Kassel bestätigt.

Schon vor längerer Zeit hatte das sozialdemokratische Kasseler „Volksblatt“ von einer schweren Meuterei innerhalb der SA von Kassel berichtet, die angeblich zum Ausschluß von 600 SA-Leuten geführt hatte. Die Nazipresse hatte ein Wutgeheul über den „sozialdemokratischen Lügenfeldzug“ ausgestoßen. Nun ist das „Volksblatt“ in der Lage, seine Behauptungen dokumentarisch durch einen Sturmbann-Befehl zu belegen. Wir drucken das in mehrfacher Hinsicht interessante Dokument hier wörtlich ab:

„SA der NSDAP.
Sturmbann II/83.

Kassel, den 21. Dezember 1932.

Sturmbannbefehl!

1. Die Untergruppe H.N.N. (Hessen-Nassau-Nord) verfügt unterm 17. 12. 32 mit No. 1149/32 wie folgt:

1. Auf Grund der neueren Vorkommnisse wird der Sturmbannführer I/83 Langenau bis zur Entscheidung seiner Dienststelle enthoben. (Ziff. A.D.O.)

2. Die Stürme 1/83 und 5/83 werden wegen Meuterei aufgelöst.

3. Der Sturmführer 1/83 Hermann Schmidt wird aus der SA ausgeschlossen, weil er mit seinem Sturm einem für den 14. 12. in der Altstadt angesetzten Dienst (Meuterei) ferngeblieben ist und zu der am 16. 12. stattgehabten Führerbesprechung nicht erschienen ist.

4. Der Sturmführer 5/83 wird aus der SA ausgeschlossen, weil er mit dem größeren Teil seines Sturms einem für den 14. 12. angesetzten Dienst ferngeblieben (Meuterei) ist, SA-Männer zum Austritt aufgewiegelt hat und zu der am 16. 12. stattgehabten Führerbesprechung nicht erschienen ist.

5. Der Truppführer Ludwig Rode wird aus der SA ausgeschlossen, weil er, obgleich sein Urlaubsgesuch nicht genehmigt war, zu der am 16. 12. stattgehabten Führerbesprechung nicht erschienen ist und durch sein Fernbleiben seine Uebereinstimmung mit der Meuterei bekundet hat.

6. Der Truppführer Laschette wird aus der SA ausgeschlossen, weil er SA-Männer aufgewiegelt hat.

7. Mit der Neuorganisation, vorläufig eines Sturmbanns 1/83 in Kassel wird Sturmbannführer Fritz Schmidt beauftragt.

2. Es sind in letzter Zeit zwei Fälle bekannt geworden, wonach SA-Befehle an nicht zur SA gehörende Parteidienststellen zur Kenntnis gegeben wurden. Den SA-Männern ist einzuschärfen, daß Außenstehenden die SA-Angelegenheiten absolut gar nichts angehen. Einer, der sich diesbezüglich schuldig macht, hat den Ausschluß zu gewärtigen.

Der Ausschluß der SA-Männer Fülling und Port vom Sturm 5/83 wird bedingt zurückgenommen. Um diesen beiden Männern Gelegenheit zu geben, zu beweisen, daß sie sich voll und ganz den gegebenen Bestimmungen unterordnen können, werden sie zunächst vier Wochen probeweise wieder eingestellt. Zum 14. 1. 33 meldet der Sturmführer 5/83 auf dem Dienstwege über ihr Verhalten im und außer Dienst.

Die Firma Gebrüder Zapf, Schneiderei, Kassel, Kölnische Straße 14, bittet um Bekanntgabe des nachstehenden Schreibens:

Herrn Gebrüder Zapf, Schneiderei, Kassel, Kölnische Straße 14.

Ihr Antrag für Berechtigung zur Anfertigung der gerichtlich deponierten SA-Dienstkleidung wird hiermit genehmigt.

Sie sind eingetragen unter No. 23.

NSDAP-Reichszeugmeisterel
gez. Buchner.

5. Betr.: Uebungsgewehre aus Rotbuchenholz, Modell 98. Die oberste SA-Führung teilt unterm 24. 11. 32 I No. 3293/32 folgendes mit:

Silvesterausschreitungen im ganzen Reiche.

Landjäger erschießt kommunistischen Ortsgruppenführer.

In Friedrichsfelde bei Wesel erschoss am Neujahrsmorgen ein Landjäger Wengler den Vorsitzenden der Ortsgruppe der KPD, den Arbeiter Mahron, angeblich in Notwehr. Wie berichtet wird, hatte Mahron kurz vorher einen Postbeamten in den Arm gestochen und griff auch den hinzueilenden Landjäger mit dem Messer an, worauf dieser den Arbeiter niederschoss.

In Burg-Lesum bei Bremen kam es zu schweren Zusammenstößen. Polizeibeamte gingen gegen die Teilnehmer an einem Silvesterball einer kommunistischen Sportorganisation mit dem Gummiknüppel vor, dabei wurde ein Beamter niedergeworfen und verletzt; darauf machte die Polizei von der Waffe Gebrauch. Vier Verhaftungen wurden vorgenommen.

In Breslau ereigneten sich in der Silvesternacht verschiedene Zusammenstöße. So drang ein Haufe von Männern in ein Lokal am Ring ein und zertrümmerte die Einrichtung; es kam zu einer Schlägerei mit den Gästen. Die Polizei nahm sechs Personen fest. Am Ring wurde außerdem ein Ausschanker von mehreren Zimmerleuten durch Messerstiche erheblich verletzt. Ebenso kam es dort vor einem Parteilokal zu Zusammenstößen, in deren Verlauf die Polizei mehrere Verhaftungen vornahm. Am Dominikanerplatz in Breslau wurde ein Reichswehrosoldat angeblich belästigt und verletzte einen Unbeteiligten durch einen Hieb mit dem Seitengewehr im Gesicht.

In Glogau und Jauer fanden ebenfalls blutige Schlägereien zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten statt.

In Wolkenstein bei Chemnitz ereignete sich in der Silvesternacht eine Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und SPD-Angehörigen. Ein Gendarmeriewachmeister, der die feindlichen Parteien zum Auseinandergehen bewegen wollte, erhielt von einem Nationalsozialisten einen tiefen, aber nicht lebensgefährlichen Messerstich in die Schulter. Der Täter wurde verhaftet.

In Klodnitz bei Cosel entwickelte sich im Anschluß an ein Tanzvergnügen eine schwere Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. Den Auftakt gab ein Nationalsozialist durch einen Schuß aus einer Schreckschußpistole. Stühle, Biergläser, Zaunlatten und ähnliches dienten als Waffen. Die Nationalsozialisten erhielten dauernd Verstärkung. Als schließlich die Landjägerschaft eintraf, waren sämtliche Beteiligte, unter Mitnahme der zahlreichen Verwundeten, verschwunden.

„Parteigenosse Karl Kraft, Pfaffendorf-Koblenz, Emmerstraße 82, erzeugt Uebungsgewehre aus Rotbuchenholz nach Modell 98. Laut Offerte kosten diese in fehlerfreier, guter und trockener Beschaffenheit 90 Pfennig per Stück frei Bahnhof des Erzeugers. Die Kanten sind noch nicht abgerundet, weil diese Arbeit die Gruppen meist selber besorgen. Ich stelle es den unterstehenden Dienststellen anheim, bei Bedarf sich mit dem Erzeuger in Verbindung zu setzen.“

6. Jeder einzelne Sturm des Sturmbanns 2/83 hat bis zum 20. 2. 33 einen SA-Werbeabend mit Theateraufführungen und einzelnen Vorträgen abzuhalten und damit die Kassen der Stürme etwas aufzufüllen. Die Stürme melden sofort nach Festlegung der Abende an den Sturmbann 2/83.

7. Es wird nochmals an den Termin betreffs Anschaffung der neuen SA-Dienstvorschrift für Trupp- und Scharführer und den Termin vom 16. 12. 1932 für Teilnehmer an dem Kirchgang am 15. 1. 1933 erinnert. Es wird ein letzter Termin für beide fällige Termine für den 28. 12. 1932 festgesetzt.

8. SA-Mann Link vom Sturm 13/83 wird zum Scharführer ernannt und mit der Führung des Trupps Helsa beauftragt.

Der Führer des Sturmbanns 2/83

Stempel I. V.
Koehler,
Sturmführer.“

In Berlin wurde in der Nacht zum Dienstag von einem Motorrad mit Beiwagen aus auf ein kommunistisches Verkehrslokal in der Oudenarder Straße ein Feuerüberfall verübt. Die Kugeln schlugen in die Hauswand ein, verletzten jedoch niemand. Eine gerade vorüberkommende Schupostrife konnte nicht mehr rechtzeitig zur Waffe greifen, die Täter waren schon wieder davon gerast.

In Gennin bei Dühringshof (Ostbahn) wurde zum zweiten Mal ein Sprengstoffanschlag auf das Wohnhaus des Maurers Siepelt verübt.

In Berlin wurde auf ein Verkehrslokal der SPD und des „Reichsbanners“ in der Kniprodestraße Ecke Kurische Straße ein Bombenanschlag versucht, der aber durch rechtzeitig hinzukommende Polizeibeamte verhindert werden konnte. Wie wir schon berichteten, war erst kürzlich dieses Lokal von Nationalsozialisten völlig demoliert worden, wobei ein Kriegsverletzter niedergeschlagen wurde.

In Delitzsch bei Halle wurden in der Silvesternacht 30 Personen, vorwiegend Kommunisten, im Verlauf einer Schlägerei mit Nationalsozialisten erheblich verletzt. Vier Personen liegen lebensgefährlich verletzt im Krankenhaus.

In Ehrang bei Trier wurden drei Kommunisten von Nationalsozialisten schwer verletzt.

In Gießen wurden acht Personen durch Revolverschüsse verletzt; die Verletzungen von dreien sind lebensgefährlich.

In Hamburg wurden in einer Schlägerei am Kirchenweg vier Kommunisten schwer verletzt. Im Großen Burstah wurde ein Vorübergehender durch einen Revolverschuß verletzt.

In Wanne-Eickel verletzten Polizeibeamte in angeblicher Notwehr einen Kommunisten durch Bauchschuß. Die Polizeibeamten waren von einer größeren Anzahl Menschen bedrängt und zu Boden geworfen worden.

Im Wuppertal erhielt eine Person schwere Kopfverletzungen. — Feuerwehrleute fanden neben einem eingeschlagenen Feuermelder einen durch einen Stich in den Hals schwer verletzten Mann, der kurz darauf im Krankenhaus starb.

In Lichterfelde bei Eberswalde wurde dem kommunistischen Arbeiter Jänicke von einem Nationalsozialisten mit einem Schlächtermesser die Kehle durchgeschnitten. Der Arbeiter liegt hoffnungslos im Krankenhaus.

In Berlin war am Neujahrsmorgen vor einem Hause in der Potsdamer Straße ein Polizeioberwachmeister in Zivil mit einer schweren Kopfverletzung aufgefunden worden.

BRUNO GLUCHOWSKI
Hohlen-Kulis
REVOLTE AN DER RUHR (47)
COPYRIGHT 1932 BY PAKELREITER-VERLAG G.M.B.H., BERLIN W 19

Der Junge senkt den Blick zu Boden, weiß nicht, was er antworten soll. Die alte Frau faßt ihn an beiden Schultern, rüttelt ihn, zwingt ihn so, aufzusehen.

„Junge, du bringst mir die Wahrheit. Kommen sie oder kommen sie nicht?“

„Mutter Kroll“, sagt er, „ich werde wohl der einzige sein, der aus Revier II heil herausgekommen ist. Man sagt, dort wäre die Explosion ausgebrochen. Ich fuhr gerade mit einem Kohlenwagen zum Querschlag, und Paul, Willi und Ernst waren in der Strebe. Mit einmal ein mächtiger Knall, ich flog durch die Wittertür und fand mich 10 Meter dahinter wieder. Meine Lampe war weg und alles dunkel. Ich kroch zum Querschlag, sah aus allen Strecken Leute herausgestürzt kommen. Ihnen schloß ich mich an. Keiner schaute sich um, wir liefen, was wir konnten. So gelaufen bin ich in meinem ganzen Leben noch nicht. Am Schacht habe ich mich nach meinen Kumpels umgesehen, von euren Jungens aber habe ich keinen gesehen, auch von meinem ganzen Revier nicht.“

Mutter Kroll läßt ihre Arme sinken, ein stilles, verzweifelt Weinen durchschüttelt ihren Körper. Der Junge geht davon. Auch auf ihn wartet schon eine Mutter am Zechentor.

„Sie kommen, sie kommen“, tönt es aus der Menschenmenge, als man die ersten geretteten Kumpels über den Zechenplatz kommen sieht. Im Nu ist alles vor dem Tor, umringt die schwarzen Kumpels. Freudenschreie ertönen, Lachen, Weinen und irres Stammeln, wenn man den im Arm hält, den man schon tot geglaubt hat; Enttäuschung, bitteres Weinen und Jammern, wenn man sich umsonst gefreut hat. Fragen schwirren durch die Luft: „Habt ihr meinen nicht gesehen? Markennummer 872, Karl Lange, Revier II.“

„Revier II? Da kommt keiner mehr heraus, denn dort ist das Unglück ausgebrochen.“ Aufschreie, Stöhnen, Wimmern, Ohnmachtsanfälle der Frauen, die ihren Mann in Revier II wissen.

Ein junger Kumpel in zerfetztem Grubenzeug tritt aus dem Tor, geht die Straße rechts herauf. Bei seinem Anblick löst sich eine Frau mit einem vierjährigen Knaben an der Hand aus der Menge, geht ihm nach.

„Hermann“, ruft sie, — — — — — „Hermann“.

Er hört nicht auf sie, geht weiter, schaut nicht nach rechts und links, setzt seine Beine mechanisch voran. In seiner rechten Hand schlenkert die brennende Grubenlampe. Der Frau wird es unheimlich, sie ist jetzt an seiner Seite.

„Hermann, was ist dir?“ schreit sie auf. „Kennst du deine Frau und dein Kind nicht mehr?“

Er bleibt stehen, schaut sie mit leerem Blick an. Keine Miene verzieht sich in seinem Gesicht. Der Kleine faßt seine schwarze Hand, schaut zu ihm auf. Kindliches Flehen liegt in seinem Blick.

„Vati, bist du böse auf deinen kleinen Heinz? Heinz hat dich doch so lieb.“

Die Starre in den Zügen des Mannes löst sich, der furchtbare Bann, der auf ihm gelastet hat, ist gebrochen beim Klang der Stimme seines Kindes, bei seinem bittenden Blick. Er hebt ihn auf, preßt ihn an seinen schmutzigen, behaarten Körper, schluchzt auf. In die Locken des Knaben fallen seine Tränen.

„Heinz, mein kleiner Heinzemann.“

Den freien Arm legt er um seine Frau, spricht:

„Martha, furchtbar war es dort unten. Nur mit knapper Not habe ich mich retten können.“

„Daß du nur wieder da bist, Hermann, ich bin ja so froh. Diese Angst, diese Angst.“

So gehen sie nach Hause, beneidet von den Menschen, die noch im Ungewissen sind über das Schicksal ihrer Lieben.

Wagen um Wagen fährt durch das Zechentor: Rettung- und Sanitätsmannschaften, Krankenwagen, Polizei- und Feuerwehrbeamte, Aerzte und Krankenschwestern. Die bis jetzt herausgeschafften Toten sind in der Leichenhalle auf Stroh gebettet. Die ersten Verletzten werden in die Kranken-

wagen gehoben. Einzelne sind von der Straße aus zu sehen. Männer, denen die verbrannte Haut in Fetzen vom Körper hängt, die ihre Schmerzen nicht verbeissen können und laut schreien. Die Menge vor dem Tor bemächtigt sich eine ungeheure Erregung. Noch schlimmer als das Schicksal der Toten treffen sich die Qualen der Ueberlebenden. Die Polizei hat alle Mühe, das Tor frei zu halten. Die Krankenwagen fahren heraus, einige junge Burschen springen auf das Trittbrett, um zu sehen, wer es ist, der in dem Wagen so schreit.

„Hannes Kaiser und Jupp Wirtz.“ rufen sie im Herunter-springen. Eine alte Frau und ein junges Mädchen eilen auf sie zu. „Wie sehen sie aus?“

„Arme und Gesicht verbrannt, ganz schwarz.“ sagen sie.

Beide Frauen werden ohnmächtig, von einer ist es der Sohn, von der anderen der Bräutigam, die man eben ins Krankenhaus fährt.

Die Nachmittagsstunden vergehen, es wird dunkel. Von allen Seiten strömen Neugierige, die von dem Unglück erfahren haben, nach Annendorf zur Zeche Westfalia. Gruben-unglück, eine solche Sensation darf man sich nicht entgehen lassen. Man will mit dabei gewesen sein am Unglücksschacht, um später den Bekannten erzählen zu können: das und das habe ich gesehen, das und das habe ich von Augenzeugen gehört. Durch alle Reden aber klingt das Mitgefühl mit den vom Unglück Betroffenen hindurch. Vor dem Zechentor warten einige Reporter und Pressephotographen vergeblich auf Einlaß. Die Zechenverwaltung hält jeden von ihrem Eigentum fern. Die Presse, wenn es nicht die von Unternehmenseite ausgehaltene ist, hat bei ihr keine gute Nummer. Neben den auf Nachricht von ihren eingeschlossenen Angehörigen Wartenden bilden sich Gruppen von Kumpels und Erwerbslosen, die das Unglück eifrig diskutieren.

„Wer ist nun wieder der Schuldige bei diesem Unglück? Die Zechenverwaltung wird sagen, ein oder mehrere Kumpels, die unvorsichtig mit der Benzinlampe oder mit dem Sprengmaterial umgegangen sind. Es ist für sie die bequemste Ausrede, denn die, die dagegen reden könnten, sind für immer verstummt, werden den Mund nicht mehr auftun.“

(Fortsetzung folgt.)

Folgen der Fraktionspolitik.

E. H. Ueber die Vorgänge anlässlich des am 15. November in Breslau wegen eines siebenprozentigen Lohnabbaus ausgebrochenen Steinsetzstreiks habe ich folgendes erfahren:

Die Steinsetzmeister-Innung kündigte den bestehenden Tarifvertrag. Die Belegschaften faßten den Entschluß zu streiken; die RGO, die anscheinend keinen unbedeutenden Einfluß innerhalb der Steinsetzer hat, war bereit, mit der Freien Gewerkschaft zusammen nach gemeinsam aufgestellten Parolen zu streiken und eine gemeinsame Streikleitung aufzustellen. Die entscheidende Versammlung der Steinsetzer fand im Gewerkschaftshaus statt, zu welcher die RGO-Arbeiter geschlossen erschienen. Diese Versammlung flog auf; die Kommunisten behaupten durch „Sabotage“ der Freien Gewerkschaft, die nur mit einem Vertreter der RGO verhandeln wollte und die übrigen Arbeiter, die der RGO angehörten, aus dem Saale entfernt. Meise, der 1. Vorsitzende des Baugewerksbundes (ADGB), behauptet, die Forderungen der RGO wären „unverschämte“ gewesen; da sie sich in der Minderheit befände, dürfe er nicht daran, über ihre Forderungen zu diskutieren (!). Nach dem Auffliegen der Versammlung nahm die RGO das Recht für sich in Anspruch, eigene Wege zu gehen. In einigen Betrieben war der Einfluß der RGO stärker als der der Freien Gewerkschaft. Die RGO erreichte, daß verschiedene Steinsetzmeister sich schriftlich dazu verpflichteten (die Schriftstücke wurden mir gezeigt), die alten Stundenlöhne weiterzuzahlen. In diesen Betrieben nahmen die Arbeiter die Arbeit wieder auf, während die Betriebe, die sich weigerten die alten Löhne zu zahlen, weiter bestreikt wurden. Die Freie Gewerkschaft macht der RGO zum Vorwurf, daß sie auch dort nicht weiter streikte, wo die Meister nicht bereit waren, die alten Löhne zu zahlen. Ein Teil der Steinsetzmeister hat angeblich die alten Löhne auch noch weitergezahlt, nachdem ein Schiedsspruch ergangen war. Die RGO will den Schiedsspruch angreifen, wenn im Frühjahr wieder gearbeitet wird. Jetzt ruht in den meisten Betrieben die Arbeit. Wir sehen auch hier wieder, wie schwer es heute geworden ist, die beiden großen Richtungen in der Arbeiterbewegung zu geschlossenem Handeln zu bringen. Jede Organisation nützt ihre Machtstellung rücksichtslos für Parteiziele aus, ob sie dabei der Arbeiterschaft als Klasse dient, spielt eine untergeordnete Rolle.

Wieder Tarifvertrag gekündigt.

Die Allgemeine Arbeitgeber-Vereinigung von Halle und Umgebung hat zum 31. Januar das Gehaltsabkommen und zum 31. März den Manteltarif für die kaufmännischen und technischen Angestellten „vorsorglich“ gekündigt.

Bergarbeiterentlassungen in Polen.

Aus dem polnischen Kohlenrevier kommen fast täglich Berichte über Entlassungen von Bergarbeitern. Im Dombrowaer Gebiet werden einige Gruben vollkommen stillgelegt. 5000 Arbeiter werden dadurch erwerbslos. Auch in polnisch Oberschlesien sind mehrere Hundert Arbeiter entlassen oder auf Kurzarbeit gestellt worden.

Eine Schmuggel-Bilanz.

Nach dem Jahresbericht des Hauptzollamtes Aachen sind an der deutsch-holländischen Grenze von Gillrath im Kreise Geilenkirchen bis Sief-Schmithof im Kreise Aachen-Land (insgesamt 56 Kilometer) im Jahre 1932 25 000 Strafvorfälle wegen Schmuggels eingeleitet worden. Insgesamt sind etwa 60 000 Personen mit Schmuggelwaren gestellt worden. Unter den beschlagnahmten Waren befinden sich unter anderem: 6 Millionen Zigaretten, 74 000 Kilo Kaffee, 174 000 Kilo Zucker, 40 000 Kilo Getreide, 36 000 Kilo Mehl, 32 000 Kilo Brot und 12 000 Kilo Tabak! An Verkehrsmitteln wurden allein 800 Fahrräder, 105 Personenwagen, 24 Lastkraftwagen und 38 Motorräder beschlagnahmt.

Aus der Geschichte der Deutschen Gewerksvereine. Zum 100. Geburtstag von Max Hirsch.

R. H. Am 30. Dezember 1932 jährte sich zum hundertsten Male der Geburtstag von Max Hirsch, dem Begründer und langjährigen Führer der nach ihm und seinem Mitarbeiter Duncker benannten Hirsch-Duncker'schen Deutschen Gewerksvereine. Max Hirsch war Doktor der Volkswirtschaft, er hatte viele Reisen gemacht, unter anderem in England und Schottland, wo er die englischen Gewerkschaften, die Trade Unions, eingehend studierte. Diese Studien in England gaben den Anstoß zur Gründung der ältesten Arbeiterorganisation auf zentralistisch-gewerkschaftlicher Grundlage in Deutschland, nämlich des Gewerksvereins der Maschinenbauer und Metallarbeiter im Jahre 1868. Schon ein Jahr später, 1869, erfolgte der Zusammenschluß von acht Berufs-Gewerksvereinen zu einer Spitzenorganisation, die die bis heute verbliebene Bezeichnung: Verband der Deutschen Gewerksvereine (Hirsch-Duncker) trägt. Außer Hirsch und dem Verleger Duncker war noch der Genossenschaftler Schulze-Delitzsch an der Verbandsgründung beteiligt. Hirsch war lange Jahre der Anwalt des Verbands der Deutschen Gewerksvereine und der Herausgeber von deren Vereinsorgan. Von den Führern aus neuerer Zeit sind besonders bekannt geworden Gustav Hartmann und der vor einiger Zeit zur SPD übergetretene Anton Erkelenz. Politisch standen Hirsch und die Führer der Deutschen Gewerksvereine auf dem Boden einer volkätümlich-freihheitlich-nationalen Weltanschauung. Sie waren daher vorwiegend in liberal-demokratischen Parteien tätig. Dr. Max Hirsch selber war von 1869—1893 Abgeordneter der damaligen Fortschrittspartei im Reichstag, ebenso gehörte er längere Zeit dem Preussischen Abgeordnetenhaus an. Hirsch hat sich auch sehr um die Förderung der sogenannten Arbeiterbildungsvereine bemüht, unter anderem hat er die Berliner freie Humboldt-Hochschule mitgegründet. Diese Gründung offenbart deutlich alle Fehler derartiger, den Arbeitern von bürgerlicher Seite — meist in wohlmeinender Absicht — aufgedrungener Bildungsbestrebungen: Vertuschung der Klassengegensätze, Ablenkung vom Klassenkampf, Anfüllung der Arbeitergehirne mit für ihren Kampf vielfach unnötigem, ja schädlichem Wissensballast und mit bürgerlichen Ideologien, kurz mit einem den wahren Interessen der Arbeiter entgegen gesetzten Bildungswahn. Diese mangelnde Einsicht in den Klassencharakter unserer Gesellschaft kommt in dem Bestreben zum Ausdruck, die „Harmonie zwischen Kapital und Arbeit“ durch Einigungsämter und Tarifverträge herzustellen. Die nationale Haltung der Hirsch-Duncker'schen Deutschen Gewerksvereine erklärt das Fehlen jeglicher

internationaler Verbindungen dieses Verbandes. In religiöser und politischer Beziehung stehen die Gewerksvereine auf dem Boden der „Duldsamkeit“. Soweit darunter die Forderung der parteipolitischen Neutralität verstanden wird, kann man dem nur zustimmen. So wandte sich der Zentralratsvorsitzende Czieslik in einer Rede auf der Gedenkfeier des hundertjährigen Geburtstages von Hirsch scharf gegen die Verquickung von Parteipolitik mit der gewerkschaftlichen Arbeit. Wenn der Redner sich aber dann mit dieser Begründung auch gegen die jüngst von Erkelenz erhobene Forderung eines Zusammenschlusses aller Gewerkschaften wandte, so heißt das die „Duldsamkeit“ wirklich zu weit treiben; das hat mit Befolgung der Forderung der parteipolitischen Neutralität nur wenig mehr zu tun. Allerdings darf bei einem derartigen Zusammenschluß keine Partei die Herrschaft bekommen, welche Gefahr heute noch besteht, insbesondere wegen der ausgesprochenen Fraktionspolitik der SPD in den Freien Gewerkschaften. Doch kann ein derartiger, wenn auch loser Zusammenschluß aller Gewerkschaften sogar im Interesse der gewerkschaftlichen Kampfziele geboten sein!

Noch wirklichkeitsfremder wird Czieslik in derselben Rede: die „Forderungen nach Gleichberechtigung, Vereinbarung und Schiedsgericht“ seien „heute verwirklicht“. Das wagt ein Gewerkschaftsführer im Zeitalter der schreiendsten Ungleichheit zwischen „Kapital und Arbeit“, zwischen herrschender und ausgebeuteter Klasse, im Zeitalter des „legalen“ Tarifbruchs öffentlich vor Arbeitern zu behaupten!

Auf Grund ihrer klassenversöhnlerischen Haltung nahmen die Hirsch-Duncker'schen Deutschen Gewerksvereine von Anfang an eine scharfe Kampfstellung gegen die damals einzige auf dem Boden des Klassenkampfes stehende Arbeiterpartei (SP) ein. Dies hatte jedoch nur zur Folge, daß die Deutschen Gewerksvereine gegen die jüngeren Freien Gewerkschaften nicht aufkamen. Besonders deutlich trat dies nach dem Streik der Waldenburger Bergarbeiter im Jahre 1870 in Erscheinung. Auch von den Christlichen Gewerkschaften wurden die Gewerksvereine schließlich überholt. Erst durch Zusammenschluß mit den auf gleicher „freihheitlich-nationaler“ Grundlage stehenden Angestellten- und Beamtenverbänden zum Gewerkschaftsring Deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände bekamen die Gewerksvereine wieder einige Bedeutung. 1930 gehörten dem Gewerkschaftsring insgesamt 22 Gewerksvereine mit 198 000 Mitgliedern an; ferner etwa 408 000 Angestellte und Beamte.

Betrügereien in der „guten Gesellschaft“.

Zwei Herren, die „in gesellschaftlichen Kreisen Danzigs sehr angesehen“ waren, sind nach Unterschlagung von etwa 27 000 Mark, die seit dem Jahre 1930 entwendet worden sind, geflohen. Es handelt sich um den Kaufmann Friedrich Schulz und den Prokuristen für Lotteriereinnahmen Georg Gronau. Die Gelder waren Eigentum der Preussisch-Süd-deutschen Klassenlotterie. Allem Anschein nach hat Schulz die unterschlagenen Summen im Zoppoter Kasino verspielt.

Verantwortl. Schriftf. W. Elchler, Berlin. Anzeigen: R. Lipmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH, Berlin SW 19, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski Buchdruckerei und Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

fahren wegen Schmuggels eingeleitet worden. Insgesamt sind etwa 60 000 Personen mit Schmuggelwaren gestellt worden. Unter den beschlagnahmten Waren befinden sich unter anderem: 6 Millionen Zigaretten, 74 000 Kilo Kaffee, 174 000 Kilo Zucker, 40 000 Kilo Getreide, 36 000 Kilo Mehl, 32 000 Kilo Brot und 12 000 Kilo Tabak! An Verkehrsmitteln wurden allein 800 Fahrräder, 105 Personenwagen, 24 Lastkraftwagen und 38 Motorräder beschlagnahmt.

Da immer nur ein Teil der Schmuggler gefaßt wird, kann man sich nach diesen Angaben ein anschauliches Bild von dem schwinghaften Schleichhandel an diesem Abschnitt der Zollgrenze machen, der natürlich um so rentabler wird und also zunimmt, je mehr die Länder sich mit Zollmauern umgeben.

Nähmaschinen
Reparaturen / Reinigung
Ersatzteile
gut schnell billig
EUGEN GEHM
Frankfurt a. M. - Riederweg
Engelsplatz 12

Getrocknete Bananen
sind nahrhaft u. billig,
als Brotbelag und zum
Obst für jung und alt
zu verwenden.
Postpäckchen 4 Pfund
brutto nur 8 Mark,
frei Haus, n. a. Orten.
Voranzahlung
auf Postscheck-Konto
Magdeburg 17924
erbeten.

Frischkost-Reformhaus
Magdeburg, O. v. Guerickestr. 104

Feinbesohl-Anstalt
und Schuhfärberei
HANS SACHS
Berlin SW / Dresdener Straße 111
garantiert für erstklassige Arbeit

Oberhemdenstoffe, Tricoline, Flanelle, Oxfords
günstige Posten Maccotuch
kauft man gut und billig bei
Kurt Levy, Berlin O 112
Seharnweberstr. 16/17.

Maßarbeit erstklassig und billig
Herren - Anzüge, Mäntel, Damen-Kostüme, Aufbügeln und Reparaturen
Alfred Arensberg
Berlin-Reinickendorf-Ost
Hinter der Dorf-Aue 14

Bürobedarfsartikel
Reparaturen und Reinigung
von Schreibmaschinen
A. H. Timmermann
Hamburg 35, Luisenweg 61 III.
Anfertigung eleganter
Damengarderobe
und
Reformkleidung
J. Fürchtenicht
Göttingen, Nikolausberger Weg 67.

Reparaturen von elektrischen Bügeleisen, Klingelanlagen usw. **Spezialität:**
Anfertigung mod. Tisch- u. Nachttischlampen
G. Funke
Elektrotechniker
GÖTTINGEN / Jüdenstraße 8, III.

Bereits 80 Mark genügen!
Und Sie erhalten einen hochwertigen **MAßANZUG**,
aus erstklassigem Stoff,
mit bestem Futter,
in sorgfältiger Maßarbeit.
Preisänderungen nach oben und auch nach unten,
je nach Stoffqualität. Machen Sie bitte einen Versuch!
R. Schönhell, MAGDEBURG, jetzt
Johannisbergstr. 10, III.

BERLIN
KAMERA
Unter den Linden 14 - A1 Jäger 2987
Seit 30. Dezember: 2 Schauspieler von
Welfrut in ihren lustigen Komödien:
„Der brave Sünder“
mit Max Pallenberg,
Regie: Fritz Korner
„Hurra, ich lebe!“
mit Nicolai Kolln.
Anfangszeit: 18, 17, 19 und 21 Uhr

Freunde
und Leser des
„Funken“!
Unterstützt Eure Zeitung!
Werbi Abonnenten!
Sammelt Anzeigen!
Bevorzugt bei Einliefern
unsere Inseraten!

A. JANISZEWSKI
BUCHDRUCKEREI UND VERLAG/GMBH
druckt Flugblätter,
Zeitungen,
Zeitschriften
und jede Art
Geschäfts-
drucksachen
Berlin SO 36, Elisabethufer 28-29
Telefon: Sammelr. F 1 Moritzplatz 3471

Was soll die Arbeiterschaft tun gegen die Militärdiktatur in Deutschland?



Das Stillhalten der organisierten Arbeiterschaft gegenüber Schleicher und den hinter ihm stehenden Unternehmern und Großagrariern macht weitgehend eine Neuorientierung der klassenbewußten Arbeiter in den grundsätzlichen und taktischen Fragen notwendig.

„Ohne revolutionäre Theorie keine revolutionäre Praxis!“ Die Theorie, auf der der ISK seine politische Arbeit aufbaut, ist in folgenden, kurzgefaßten Schriften niedergelegt:

LEONARD NELSON: Die bessere Sicherheit. Ketzereien eines revolutionären Revisionisten. 2. Aufl. 22 Seiten. 0,40 M. Diese Schrift enthält die kritische Auseinandersetzung mit dem „historischen Materialismus“.

MINNA SPECHT: Jakob Friedrich Fries. Der Begründer unserer politischen Weltanschauung. 26 Seiten. 0,60 Mark.

Verlag „Öffentliches Leben“
Berlin S 14, Inselstr. 8a. Postscheck: Berlin 31342

Sprechapparate
Koffer + Schatullen + Schränke
Schallplatten
für Konzert u. Unterhaltung in allen Preislagen
Verlangen Sie Angebote!
OTTO PFOTENHAUER
Weimar, Röhrstraße 40

ISK
HANS LEHNERT:
Der Umbau des deutschen Reiches.
HELLMUT RAUSCHENPLAT:
Die ökonomischen Forderungen des ISK.
Deng Yen-Da.
(Dem Andenken eines chinesischen Revolutionsführers!)
Zum Nachdenken: Die Schwarze Internationale.
8. Jahrgang
Januar 1933

Bilanz der Kriegshetze.

Das Spiel mit dem Feuer.

H. M. Die Bilanz, die die deutschen Schuldigen am nächsten Krieg über das vergangene Jahr aufmachen können, ist für sie gewiß erfreulich: Zu Beginn des Jahres 1932 waren sie noch damit beschäftigt, die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, daß die Reparationen, die „unsere Feinde“ aus purer Gier aus dem armen, ausgebluteten deutschen Volk (z. B. den Herren Lahusen, Vögler, Goldschmidt, Schmitz u. s. w.) herauspreßten, Schuld an der Wirtschaftskrise seien. Dann kam der Kampf um die Aufrüstung Deutschlands (allgemein als „Kampf um die Gleichberechtigung“ bekannt), und gleichzeitig wurden die großzügigsten Versuche angestellt, den Geist des deutschen Volkes durch Luftschutzmanöver zu vernebeln und so die anschwellige Kriegspsychose mehr und mehr zur klaren Ueberzeugung werden zu lassen: Ein Krieg ist unvermeidlich! Nationalistische Hetzblätter, wie die Hugenbergsche „Woche“, die „Kölnische Illustrierte“, die „Leipziger Illustrierte“ ließen den Anschein aufkommen, als bewegten sich schon jetzt die riesigen Heere, die Tanks, Luftschiffe, Kanonen und Maschinengewehre Frankreichs und seiner Verbündeten auf das abgerüstete Deutschland zu. Mehrere Bücher und ein Film über „Unsere Hunderttausend“, die im vergangenen Jahre herausgekommen sind, versuchen das Interesse der Bevölkerung für die nach dem Versailler Vertrag noch verbliebenen Mordinstrumente der herrschenden Klasse Deutschlands zu wecken. Und schließlich ist als Erfolg der deutschen Militaristen und Kriegshetzer nicht zu vergessen, daß ein „Reichskuratorium für Jugendertüchtigung“ gebildet, ein Generalfeldmarschall zum Reichspräsidenten wiedergewählt und ein General zum Reichskanzler gemacht worden ist, daß ferner ein Mann namens Jäger wegen „Kriegsverrats“ auf Grund des Militärstrafbuches verurteilt worden ist.

Zum Abschluß dieses so glorreichen Jahres 1932 wurde mit dem Programm für das kommende Jahr begonnen: mit der

Eröffnung des Trommelfeuers auf den polnischen Korridor.

Die antipolnische Kundgebung des Ostdeutschen Rundfunks, die auf die meisten deutschen Sender übertragen worden ist, hat nicht wenig zur Stärkung dieses Trommelfeuers beigetragen. Ueber die Kampagne der „Berliner Börsenzeitung“ im Sinne der Wiedereroberung der abgetretenen Gebiete haben wir erst kürzlich berichtet. Daß andere Zeitungen bei dieser Kampagne nicht absichts stehen, zeigt folgendes Zitat aus der „Täglichen Rundschau“:

„Der Deutsche im Grenzgebiet hofft auf den Tag der Erlösung. Wann wird er kommen? Niemand im Ausland leugnet heute mehr,

daß es so nicht bleiben kann, wenn ein neuer Krieg vermieden werden soll.“

Man muß sich stets vergegenwärtigen, wenn man derartige Drohungen in der der Regierung nahestehenden Presse oder von Vertretern der Regierung selber liest,

daß diese Regierung, durch ihre Unterschrift unter den Kelllog-Pakt, feierlich den Krieg als Mittel der internationalen Politik „geächtet“ hat.

Auf der gleichen Linie, wie die übrigen anti-polnischen Kundgebungen liegt ein „Mahnruf des Deutschen Ostbundes“, den dieser zum Jahreswechsel von sich gibt. In diesem Dokument wird erklärt, daß „grundlegende Abänderungen der Diktate von Versailles

eine unerläßliche Notwendigkeit für die endgültige Herbeiführung eines sicheren Friedenszustandes und für die Sicherung der Staaten“

seien. Die Grenzverhältnisse im Osten müßten so schnell wie möglich geregelt und die „Deutschland durch Versailles geraubten Ostgebiete“ ihm zurückgegeben werden.

Drücken wir diesen Mahnruf in anderen Worten aus: Wenn ihr uns nicht freiwillig unsere Forderungen erfüllt, dann werden wir sie mit Gewalt durchsetzen.

Den Höhepunkt der Frechheit erreicht dieser Aufruf in der Feststellung, daß das deutsche Volk die abgetretenen Gebiete benötige zur Beseitigung des wirtschaftlichen Elends in Deutschland durch großzügige Siedlungswerke. Wenn es den Herren des Deutschen Ostbundes auf weiter nichts ankommt, als auf die Zurückführung weiter Bevölkerungsschichten aufs Land, dann brauchen sie der Schwerindustrie keine Kanonen in Auftrag zu geben, sondern lediglich Pflüge und andere landwirtschaftliche Geräte, und dann brauchen sie ihren Krieg nicht gegen die Polen und auch nicht gegen das „Diktat von Versailles“ zu führen, sondern gegen die Junker, von denen es auch in den nicht abgetretenen Gebieten genug gibt, und gegen die Agrarpolitik, durch die diese Junker künstlich erhalten werden. Selbstverständlich ist es nicht schwer zu erraten, warum dem Deutschen Ostbund die Besiedlung des deutschen Landes weniger am Herzen liegt, als die des polnischen; denn der Ostbund gehört gerade zu den Organisationen, die sich die Erhaltung der Junker zum Ziel gemacht haben, und diese wollen nicht nur ihr Land behalten, sondern haben dazu gute Aussichten, in einem Krieg zur Wiedereroberung des verlorenen Landes erhöhte Profite zu erzielen.

Das auf diese Weise geführte Trommelfeuer gegen die Grenzziehung im Osten hat in Polen verständlicherweise große Erregung ausgelöst. Ueberall wird die deutsche Propaganda als Vorbereitung zum Krieg angesehen. Das Mißtrauen gegen Deutschland ist so gewachsen, daß die Presse sogar vollkommen russenfreundlich geworden ist und herausstreicht, daß vom Osten Polen keine Gefahr mehr drohe, nur vom Westen ziehe das Gewitter herauf.

Wenn die Feindseligkeit zwischen Polen und Deutschland auf diese Art und Weise auf die Spitze getrieben wird, so

Erhöhte Kriegerwitwenrente nach dem Reichsversorgungsgesetz.

Vom „Allgemeinen Verband der Kriegs- und Arbeitsopfer Deutschlands“ (Berlin SW 68, Ritterstraße 53) wird uns geschrieben:

„Die erhöhte Witwenrente von 60 Prozent erhalten die Kriegerwitwen, die das 50. Lebensjahr vollendet haben oder die erwerbsunfähig sind. Als erwerbsunfähig gilt die Witwe, die infolge körperlicher oder geistiger Gebrechen nicht nur vorübergehend außerstande ist, durch eine Tätigkeit, die ihr unter Berücksichtigung ihrer Lebensverhältnisse, Kenntnisse und Fähigkeiten, zugemutet werden kann, ein Drittel dessen zu erwerben, was gesunde Frauen derselben Art mit ähnlicher Ausbildung in derselben Gegend durch Arbeit zu verdienen pflegen.

Bei den Witwen, die das 50. Lebensjahr vollendet hatten, wurde bisher von Amts wegen die höhere Rente angewiesen, ohne daß ein besonderer Antrag gestellt werden brauchte. Nach den jetzt geltenden Ausführungsbestimmungen zum § 37 des Reichsversorgungsgesetzes muß jetzt ein besonderer Antrag gestellt werden. Die Zahlung beginnt erst mit dem Bewilligungsmonat. Es ist also Pflicht aller Hinterbliebenen, zwei Monate vor Erreichung des 50. Lebensjahres einen Antrag an das zuständige Versorgungsamt zu stellen, damit sie bei Erreichung des 50. Lebensjahres auch in den Genuß ihrer erhöhten Rente kommen.“

Der Reichskommissar für das preußische Ministerium für Wirtschaft und Arbeit hat im Einverständnis mit dem Reichskommissar für das preußische Finanzministerium angeordnet, daß bedürftigen und würdigen (! das heißt wohl „national zuverlässigen“?) Kriegshinterbliebenen der Besuch der gewerb-

lich Fachschulen dadurch erleichtert werden soll, daß ihnen ausnahmsweise das Schulgeld von vornherein und über die sonst nach dem Kassenanschlag feststehende Grenze von 10 Prozent Einnahme am Schulgeld hinaus ganz oder teilweise erlassen wird. Der Schulgelddarf darf nur solchen Kriegshinterbliebenen gewährt werden, die nach ihrer Vorbildung und nach sachverständiger Berufsberatung sowie nach dem Urteil der Lehrkräfte der Anstalt sich zum Besuch der Fachschule eignen.

ist das darum besonders gefährlich, weil gerade in Polen Menschen an der Macht sind, die anderen Generalen und sonstigen Machthabern gleichen wie ein Ei dem anderen

Auf beiden Seiten der Weichsel herrscht der gleiche zügellose Nationalismus, die gleiche kleinliche und tückische Art der Verhetzung.

Nur eine Politik äußerster Besonnenheit kann den Frieden retten. Da diese Besonnenheit und überhaupt die Entschlossenheit, einen neuen Krieg unter allen Umständen zu verhindern, bei der deutschen herrschenden Klasse ganz offensichtlich nicht vorhanden ist, fällt die Aufgabe, für Einholung des Kelllog-Paktes zu sorgen, in ihrer ganzen Schwere der Arbeiterschaft anheim, der Arbeiterschaft Deutschlands und all der anderen Mächte, deren Regierungen keine bessere Bürgschaft für den Frieden geben als die deutsche und die polnische Regierung. Jeder Vormarsch der nationalistischen Kriegshetzer muß der Arbeiterschaft und ihren verantwortlichen Führern die Aufgabe klarer vor Augen führen, die schon jetzt in Angriff genommen werden muß, die vor langer Zeit schon hätte in Angriff genommen werden müssen und für die es nach der Kriegserklärung meist zu spät ist: Die Aufgabe, die darin besteht,

Sicherungen zu treffen gegen ein neues Völkermorden, durch das die herrschende Klasse das immer bedrohlicher anschwellende Heer von Erwerbslosen auf einen Schlag beseitigen könnte, gegen einen neuen imperialistischen Krieg.

Um den Arbeitern die Dringlichkeit der Abwehr jener Kriegsgefahr vor Augen zu führen, zeigen wir im „Funken“ immer wieder auf die Aktivität und auf die Erfolge der Schuldigen am nächsten Krieg, die zum Gegenschlag gerade zu herausfordert

Die „Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier“ haben sich in den Chor der die Rückgabe der abgetretenen Gebiete an Deutschland fordernden Stimmen eingereiht. Sie haben zum Neuen Jahr einen Aufruf erlassen, in dem sie ankündigen, daß sie den Kampf gegen das ihnen angetane Unrecht nicht aufgeben würden bis zur Wiedervereinigung beider Oberschlesien.

lichen Fachschulen dadurch erleichtert werden soll, daß ihnen ausnahmsweise das Schulgeld von vornherein und über die sonst nach dem Kassenanschlag feststehende Grenze von 10 Prozent Einnahme am Schulgeld hinaus ganz oder teilweise erlassen wird. Der Schulgelddarf darf nur solchen Kriegshinterbliebenen gewährt werden, die nach ihrer Vorbildung und nach sachverständiger Berufsberatung sowie nach dem Urteil der Lehrkräfte der Anstalt sich zum Besuch der Fachschule eignen.

Katholische Aktion zurückgeschlagen!

„Gott, Kaiser und Bauer“ wird weitergespielt.

Der Verlag S. Fischer teilt mit: „Da das Deutsche Theater (Berlin) der Aufforderung, die Aufführungen von Julius Hays „Gott, Kaiser und Bauer“ fortzusetzen, nicht entsprochen hat, hat der Verlag den Aufführungsvertrag mit sofortiger Wirkung gekündigt, und das Stück gelangt nunmehr zu Beginn der nächsten Woche in einem anderen Berliner Theater zur Aufführung.“

Wie wir hören, wird die Berliner „Junge Volksbühne“ das Stück übernehmen. Wenn die Besetzung gut ist, kann man der Aufführung einen guten Besuch voraussagen nach der zugkräftigen Reklame, die katholische und faschistische Dunkelkammer für „Gott, Kaiser und Bauer“ gemacht haben.

Liga für Mutterschutz, Ortsgruppe Wedding.

Dienstag, den 3. Januar, im Lokal Schrader, Liebenwalder Straße, Chiyn-Chen spricht über

Die Frau in China.

Daran anschließend freie Aussprache. Gäste willkommen.

Recht und Macht.

Mit diesem Thema befaßt sich ein Aufsatz von R. Theilhaber im Oktoberheft der „Stimmen der Vernunft“ (Zeitschrift des Monistenbundes). Es handelt sich dabei im wesentlichen um einen Angriff gegen die Lehre vom objektiven Recht, also einen Angriff gegen die Ansicht, daß es sich auf wissenschaftlichem Wege eindeutig feststellen läßt, ob etwas Recht oder Unrecht ist. Der Angriff gegen diese Lehre ist mißlungen; er sieht nämlich so aus: „Und doch gibt es kein Naturrecht, kein Recht, das mit uns geboren ist. Die fortschreitende Völkerforschung zeigt uns, daß es keinen Rechtsbegriff gibt, der allen Völkern gemeinsam wäre. Uns erscheint der Mord beispielsweise als Verbrechen, er wird daher bestraft. Mord an jedem Fremden, . . . und Auffressen seiner Leiche sind aber vielen Völkern Edeltaten, welche das „Gesetz“ belohnt. Ähnlich der Mord an neugeborenen Schwächlingen in Sparta . . .“

In diesem kurzen Abschnitt sind drei entscheidende Fehler enthalten.

Erstens wird die stillschweigende Voraussetzung gemacht, daß es objektive, für alle Menschen verbindliche Rechtsgrundsätze höchstens dann geben könne, wenn es sich dabei um ein sogenanntes „Naturrecht“ handelt. Daß Theilhaber diese unbegründete Voraussetzung wirklich macht, wird deutlich, wenn wir sehen, daß er auch Leonard Nelson zu den Anhängern des Naturrechts rechnet: „Auf Grund des Naturrechts hat . . . Leonard Nelson 1917 den sozialen Volksstaat“ entwickelt. „Also eine sehr dehnbare Theorie“, denn auch die Katholiken behaupten ja, das Naturrecht zu vertreten.

Unter Naturrecht versteht man die Auffassung eines Rechts oder von Rechten, die aus der Natur des Menschen entspringen, die allen Menschen insofern „angeboren“ sind, als sie ihnen zustehen auf Grund der Tatsache, daß sie durch die Geburt in die Gesellschaft gestellt worden sind. Nach dieser Lehre soll es möglich sein, allein aus der Kenntnis des Naturrechts eine für alle verbindliche Gesetzgebung vollständig zu bestimmen. Auch Theilhaber gebraucht den Ausdruck „Naturrecht“ in diesem Sinn; denn er verweist immer auf Widersprüche in der Gesetzgebung; diese Widersprüche sprechen aber höchstens gegen die Ansicht, daß es nur eine einzige ideale Gesetzgebung geben kann.

Ein solches Naturrecht hat Nelson ausdrücklich abgelehnt; er hat im Gegensatz zum Naturrecht eine Auffassung vertreten, deren Möglichkeit Theilhaber übersehen hat. An der Lehre vom Naturrecht ist die Auffassung richtig, daß es überhaupt einen objektiven, für alle Völker und alle Zeiten gültigen Rechtsmaßstab gibt, falsch ist aber die Ansicht, daß dieses objektive Recht uns auch gleich eine vollständige und gar unwandelbare Gesetzgebung liefert. Wenn man, den allgemeinen Rechtsforderungen entsprechend, die Gerechtigkeit in der Gesellschaft herstellen will, so kann, um ein Beispiel zu wählen, eine gesetzliche Verpflichtung der Bürger, Stadt und Staat zu schützen, in manchen gesellschaftlichen Verhältnissen berechtigt sein, unter anderen gesellschaftlichen Verhältnissen aber nicht.

Dieser Erkenntnis gemäß sagt Nelson, daß die Gesetzgebung sich auch nach den Umständen, also vor allem nach der politischen und gesellschaftlichen Lage richten soll. Das objektive Recht liefert uns eben keine Gesetze, sondern nur einen Maßstab, um zu prüfen, welcher Ausgleich der Interessen unter Beachtung der jeweiligen Umstände in der Gesellschaft der notwendigen Bedingung des Rechts genügt. Mehrere von einander sehr verschiedene Gesetzgebungen können daher, je nach den Umständen, sehr wohl alle der Gerechtigkeit entsprechen.

Beweisen aber Theilhabers Ausführungen nicht, daß die Menschen nicht nur verschiedene Gesetze haben, sondern auch verschiedene Rechtsmaßstäbe? Wenn einer den Mord für richtig hält, der andere aber für falsch, müssen dann nicht die Maßstäbe verschieden sein? Keineswegs. Theilhaber hätte nur seine „Völkerforschung“ etwas gründlicher betreiben sollen. Er hätte dann zum mindesten in sehr vielen Fällen entgegengesetzter Beurteilungen gefunden, daß entweder die Umstände verschieden waren (z. B. dann, wenn die neugeborenen Schwächlinge der Gesellschaft viel hinderlicher waren als bei uns), oder daß die eine Gruppe doch mit anderen Umständen rechnete als die Vertreter der entgegengesetzten rechtlichen Beurteilung, z. B. wenn die einen glaubten, der Getötete werde nach dem Tode als ein anderes Wesen ein schöneres Fortleben führen; oder wenn sie meinen, seine Leiche könne, sofern sie nicht gefressen wird, unermessliches Unheil anrichten). So mußte man, selbst wenn die gleichen Rechtsmaßstäbe anerkannt wurden, z. B. der Grundsatz, die Interessen gegen einander abzuwägen und dem wichtigen

Interesse, ohne Ansehen der Person, den Vorzug zu geben, zu ganz verschiedenen Ansichten über den Mord gelangen.

Dieser zweite Fehler Theilhabers ist sehr verbreitet, und er stellt das Hauptargument dar, das gegen die Lehre vom objektiven Recht immer wieder vorgetragen wird. Bei genauere Untersuchung sieht man aber, wie ich kurz angedeutet habe, daß die Menschen vielfach gerade darum zu verschiedenartigen Gesetzen kommen, weil sie genau die gleichen Rechtsmaßstäbe besitzen. Man kann hier also eher einen Grund für als gegen die Annahme eines objektiven Rechts finden.

Nun müssen wir allerdings, wenn wir sehen, was alles für Recht gehalten wird, zugeben, daß von den einzelnen Menschen tatsächlich auch verschiedene Rechtsmaßstäbe benutzt werden. Sehr richtig, doch hieraus darf man nicht, und da liegt der dritte Fehler, den Schluß ziehen, daß es auch bei unvoreingenommener Forschung nicht gelingen könnte, objektive Rechtsgrundsätze zu finden. Theilhaber nennt übrigens selber den Umstand, der die Menschen hindert, diese Grundsätze zu finden: Das persönliche Interesse der Menschen; so ist die Gesetzgebung beispielsweise von den militärischen Interessen abhängig. Und selbst, wo sich die Widersprüche in den Rechtsauffassungen nicht aus den Wünschen der Gesetzgeber erklären, ist immer noch kein Grund gegeben, das objektive Recht zu leugnen. Oder würde Theilhaber etwa darum, weil es viele Menschen gibt, die glauben, Flöhe könnten aus totem Schmutz entstehen, daran zweifeln, daß es über die Entwicklung der Flöhe überhaupt eine objektive Wahrheit gibt?

Wenn Theilhaber am Schluß seines Aufsatzes sagt, man solle sich etwas mehr um die Macht im Staate kümmern, „denn wir wollen, daß auch im Volksleben siege: Freiheit und Vernunft“, so ist das zwar an sich sehr lobenswert, aber diese Forderung verliert ihre Wirksamkeit, weil die Gegner mit dem Hinweis auf Theilhabers Ansichten sagen können: Da es ein objektives Recht nicht gibt, muß der Kampf für Unfreiheit und Unvernunft ebenso berechtigt sein, wie der Kampf für Freiheit und Vernunft. Theilhaber allerdings wird das nicht meinen, er hält seine Forderung nicht für reine Willkür, und damit beweist er, daß er im Grunde dieselbe Ansicht vertritt wie wir:

Es gibt ein objektives Recht, und daher haben wir die Pflicht, eine Macht zu schaffen, die es ermöglicht, die Gesetzgebung diesem Recht anzupassen.

Arbeitslosigkeit im menschenärmsten Erdteil.

Auf 100 Quadratkilometer entfallen in Australien 70 Einwohner, auf 100 Gewerkschaftsmitglieder 30 Erwerbslose.

Die Wirtschaftskrise in Australien geht tiefer, als man aus den Veränderungen des Produktionswertes zunächst schließen könnte. Wir beginnen jedoch mit Angaben über den Wert der Produktion in Millionen Pfund Sterling:

	Jahresdurchschnitt		
	1927-29	1930	1931
Landwirtschaft . . .	270	222,5	191,5
Bergbau	22	18	15,5
Industrie	158	149	112

Diese Verringerung des Produktionswertes ist keine Folge eines allgemeinen Preisfalls. Die Industriepreise sind seit 1929 gestiegen, und die Preissenkung bei den Bodenschätzen ist gering; der Umfang der nichtlandwirtschaftlichen Produktion hat daher sogar stärker abgenommen als ihr Wert. Die Preise der landwirtschaftlichen Produkte sind jedoch stark gefallen. Während der Produktionswert sich, wie unsere Tabelle zeigt, verringert hat, ist der Produktionsumfang gewachsen. Das können wir sehen, wenn wir die Produktion der drei wichtigsten Erzeugnisse Australiens — Wolle, Weizen und Butter — untersuchen (1931 machten sie zwei Drittel der australischen Ausfuhr aus, die hauptsächlich aus landwirtschaftlichen Produkten besteht).

	Jahresdurchschnitt			
	1927-29	1930	1931	1932
Weizen:				
Anbaufläche (Millionen Acres)	12,9	15,0	18,2	14,7
Ernte (Millionen bushel)	146	127	214	190
Ausfuhr (Millionen bushel)	94	63	145	157
Rest (Millionen bushel)	52	64	69	33
Wolle:				
Produktion (Millionen Pfund)	927	938	912	997
Ausfuhr (Millionen Pfund)	827	789	860	893
Rest (Millionen Pfund)	100	149	52	104
Butter:				
Produktion (Millionen Pfund)	274	299	350	
Ausfuhr (Millionen Pfund)	93	107,5	163	201,5
Rest (Millionen Pfund)	181	191,5	187	

Der Krisenherd: die Landwirtschaft.

Wie ist die eigentümliche Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion zu erklären?

Die Weltagrarkrise drückte die Preise, die die australischen Farmer für ihre Erzeugnisse bekamen, ungeheuer, während ihre Produktionskosten in derselben Zeit fast gleich blieben.

In Australien sind mehr als 80 Prozent des in Besitz genommenen Landes von der „Krone“ in Pacht oder als Konzession ausgegeben; für dieses Land müssen die Pächter eine feste jährliche Geldrente bezahlen; viele der übrigen Farmer — die Land als Eigentum haben — müssen in Geld festliegende Zinszahlungen leisten. All diese Lasten wurden weit drückender, weil die Landwirte geringere Gelderlöse hatten. Ferner stiegen infolge der scharf protektionistischen (schutzzöllnerischen) Politik der australischen Regierung die Preise für Dünger, Maschinen und Baumaterialien, also für Produkte, die von den Farmern gebraucht werden. Die folgenden Veränderungen des Melbourne Großhandelsindex sind ein beredter Zeuge für die „Preisschere“:

	1929		1930		1931	
	Januar	Juli	Januar	Juli	Januar	Juli
Großhandels-Index:						
Industrieprodukte . . .	175	176	178	182	190,6	199,3
Agrarprodukte	180	175	158	146	118,7	116,9

Einige Landwirte wurden durch das Sinken ihres Einkommens völlig ruiniert — besonders neue Siedler —; aber die Mehrzahl setzte die Produktion fort, natürlich unter verschlechterten Lebensbedingungen. Diese Landwirte wurden zu größerer Leistung angespornt, weil sie hofften, so ihr sinkendes Einkommen durch eine erweiterte Produktion zu vergrößern. Daher hat die Produktion der Menge nach insgesamt zugenommen, während sie dem Wert nach, wie gezeigt, stark abgenommen hat.

Die Industrie wurde angesteckt.

Die ständig abnehmende Kaufkraft der Landwirte verfehlte nicht ihre Wirkung auf die australische Industrie, die beim Verkauf ihrer Waren ganz auf den heimischen Markt angewiesen ist. Von dem dadurch entstandenen Anwachsen der Arbeitslosigkeit kann man sich einen Begriff machen, wenn man das Ausmaß der Arbeitslosigkeit unter den Gewerkschaftsmitgliedern des Landes betrachtet.

Gewerkschaftsmitglieder, die mehr als drei Tage in der Woche unbeschäftigt sind:

	Anzahl	in Prozenten der gesamten Mitgliedschaft	
		1927	1931
Durchschnitt	31 032	7,0	
1. 1929	47 359	11,1	
2. 1930	84 767	19,3	
3. 1931	117 866	27,4	
4. Vierteljahr 1932	120 366	28,3	
5. 1932	124 068	30,0	
6. 1932	122 340	29,6	

Obwohl die Lebenshaltungskosten fast unverändert blieben, wuchsen nach dem Weltkrieg die Geldlöhne langsam, aber beständig, — ein Ergebnis der Schiedsgerichte der staatlichen Schlichtungsgerichte, die in Australien die Löhne von fast allen Arbeitergruppen regulieren.

Aber als der Markt für die inländischen Industrieprodukte — trotz weiterer Erhöhungen der hohen Zölle auf ausländische Industrieprodukte — schrumpfte, änderte sich die Lage. Die Schlichtungsgerichte verordneten Lohnkürzungen, und die Gewerkschaften konnten sich, angesichts der wachsenden Arbeitslosigkeit, nur schwer zu einem Widerstand entschließen.

Und nicht allein auf die eben beschriebene Weise beeinflusste die Krise in der Landwirtschaft die Lage der Industriearbeiter. Wie in jedem Lande, so spielt auch in Australien das Lohnniveau der Landarbeiter eine wichtige Rolle bei der Festsetzung der übrigen Löhne. Da nur die Arbeiter der Herdenwirtschaft (Schafsheer u. s. w.) und die beim Obstbau und in der Zuckerindustrie Beschäftigten gut organisiert sind, werden die Löhne vieler Landarbeiter nicht durch die staatlichen Schlichtungsgerichte festgesetzt; natürlich

haben viele Landwirte sich die Möglichkeit nicht entgehen lassen, bei steigendem Druck der Reservearmee die Produktionskosten durch Lohnsenkungen zu verringern; daher sind bereits wesentliche Kürzungen der Löhne der Weizenarbeiter vorgenommen worden.

Die Kaufkraft der Arbeiterschaft sank.

Ende 1929 betrug in Australien der Durchschnittslohn eines erwachsenen Arbeiters 101 Schilling in der Woche, Ende 1931 war er auf 87 Schilling gesunken. Die Senkung der Lebenshaltungskosten war so groß, daß trotz der Kürzung der Nominallöhne die Reallöhne der einzelnen Arbeiter stiegen. Die Arbeitszeit blieb gleich, 1931 betrug die durchschnittliche Arbeitswoche 45 1/2 Stunden. Aber wegen der Zunahme der Arbeitslosigkeit fand insgesamt eine beträchtliche Senkung der Arbeiterkaufkraft statt.

Veränderungen der Arbeitseinkommen von 1928 bis September 1931 in Prozenten:

	Geldlöhne	Reallöhne	Real-Einkommen der Arbeiter insgesamt
Neu-Süd-Wales . . .	- 8	+ 8	- 21
Victoria	- 16	+ 4	- 18
Queensland	- 11	+ 8	- 5
West-Australien . .	- 9	+ 10	- 19
Tasmania	- 12	+ 2	- 20

Die Folge dieser Veränderungen war natürlich eine Schrumpfung des Binnenmarktes für die australische Landwirtschaft, und so wurde ein verderblicher Kreislauf geschlossen, der das Wirtschaftsleben des Landes immer tiefer in die Krise hineinzog.

Haushalts-Ausgleich auf Kosten der Arbeiter.

Das Jahr 1931 endete mit dem Sturz der Arbeiter-Bundesregierung. Er war vor allem eine Folge der Angst vor der Inflation. Im April 1932 erlitt Mr. Langs Regierung, nach einem erbitterten Verfassungskampf mit der Bundesregierung über die Einstellung der Zinszahlungen von Neu Süd-Wales an seine ausländischen Gläubiger, eine Wahlniederlage aus ähnlichen Gründen. In Victoria kamen die Arbeiter ebenfalls aus der Regierung heraus; nur in Queensland war ein Regierungswechsel zu Gunsten der Labour Party erfolgt.

Diese Regierungswechsel haben wenig zur Verbesserung der Wirtschaftslage beigetragen. Gewiß, die

Fehlbeiträge in den Haushalten sind zurückgegangen, aber auf Kosten der Arbeiterklasse und der Massenkaufkraft.

Im Staatshaushalt für 1932 wurden die Mutterschaftsgelder, Invaliden- und Altersrenten, ferner die Gehälter der Beamten gekürzt. In Neu Süd-Wales wurde das Defizit von 14,2 Millionen Pfund Sterling, das Mr. Lang hinterließ, auf 4,2 Millionen in dem Voranschlag für das jetzige Finanzjahr vermindert, jedoch durch Kürzung der Sozialleistungen und der Erwerbslosenunterstützung und durch allgemeinen Lohnabbau bei den Arbeitern der Staatsbahnen.

Die neue Regierung wartet ab.

Im Staatshaushalt wurden gewisse Zollsenkungen vorgenommen für Waren, die von den Grundstoff-Industrien gebraucht werden, und durch das Abkommen von Ottawa wurden gewisse Zölle auf britische Waren gesenkt und auch manche im allgemeinen Zolltarif. Aber die Schutzzölle hatten bereits ein derartig unerlaubt hohes Niveau erreicht, daß nur kräftige Senkungen das Preisniveau für Industriewaren fühl-

Gewerkschaftspolitik verschärft die Krise.

Die australische Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung ist zum Teil verantwortlich für die jetzige Lage; denn von Anfang an hat sie eine protektionistische (schutzzöllnerische) Politik energisch befürwortet, in der Hoffnung, so das verhältnismäßig hohe Lohnniveau des Landes halten zu können. Die Arbeiter-Regierung, die 1929 im Australischen Bund ans Ruder gekommen war, versuchte gegen die wachsende wirtschaftliche Depression und gegen die gleichzeitig auftretende Finanzkrise durch wachsende Schutzzollmaßnahmen anzukämpfen. Ohne Erfolg! Denn sie vereitelte ihren eigenen Zweck, da sie durch ihre protektionistische Politik die Krise in der Landwirtschaft verschärfte und die Zolleinnahmen durch Drosselung der Einfuhr verringerte.

Ihr späterer Versuch, das Preisniveau zu heben und den Staatshaushalt durch inflatorische Maßnahmen auszugleichen, scheiterte an dem Widerstand der Banken und der staatlichen „Anleihe-Räte“ (Loan Councils), die nicht unter parlamentarischer Kontrolle stehen.

Für den Notfall stimmte die Arbeiter-Regierung einer Ausgabensenkung zu; eine erfolgreiche Konversion der 556 Millionen Pfund Staatsschulden fand statt (Austausch bei Zinssenkung), aber die Arbeiter-Partei verbot ihren Parlamentsabgeordneten, den zweiten Teil des Planes auf den sie sich vorher selber festgelegt hatten, durchführen zu helfen, da er eine Kürzung der Löhne und Gehälter mit sich brachte. Infolgedessen wurde dieser Plan von der Bundesregierung nur mit innerem Widerstreben durchgeführt, und die Regierung des Mr. Lang in Neu Süd-Wales lehnte es überhaupt ab, die Ausgaben auf die geplante Weise zu verringern.

bar beeinflussen und der Landwirtschaft eine Erleichterung bringen könnten. Es ist jedoch kein Anzeichen dafür vorhanden, daß die jetzige Regierung darauf vorbereitet ist, sich dem Widerstand, den eine solche radikale Kursschwankung wecken würde, mutig entgegenzustellen.

Die offizielle Sachverständigen-Kommission, die im Jahre 1932 ihren Bericht erstattete, schlug vor, die Regierung solle eine zehnprozentige Kürzung der Reallöhne und eine Hebung des Preisniveaus erzwingen durch Bevollmächtigung der Bundesbank zur Manipulierung (künstliche Regelung) der Devisenkurse. Da jedoch der erste Teil des Vorschlags auf schärfsten Widerstand bei der organisierten Arbeiterschaft und der zweite auf den der Banken und der Anleihe-Räte stieß, wurde keiner dieser Vorschläge durchgeführt.

Australien ist eines der wenigen Länder der Erde, das von keiner weiteren ersten Verschärfung der Krise im Jahre 1932 zu berichten hat. Dies ist darauf zurückzuführen, daß England die Goldwährung aufgegeben hat, was eine weitere Entwertung der australischen Währung mit sich brachte (Australien ist schon früher von der Goldwährung abgegangen). Die Währungsentwertung erleichterte natürlich die landwirtschaftliche Ausfuhr, denn sie verbilligte die Produkte für die Käufer.

Die Vorzugstellung auf dem britischen Markt, die Australien in Ottawa gewonnen hat, verspricht weitere Vorteile für den Außenhandel. Solange die in der Hauptsache auf vorübergehende Ursachen beruhende Belebung anhält, ist es wahrscheinlich, daß die Regierung ihre gegenwärtige Politik des Sichttreibenlassens fortsetzt. Aber was wird nachher, wenn die landwirtschaftlichen Preise auf dem Weltmarkt sich nicht bessern?

Arbeiter und Bauern gehören zusammen.

Für die Zukunft hängt sehr viel ab von der Haltung der Gewerkschaften und der Arbeiterbewegung, die auf die wirtschaftliche Entwicklung Australiens schon einen bedeutenden Einfluß ausgeübt haben. Trotz ihrer üblen Regierungserfahrungen und trotz der Vertiefung der Depression scheinen jedoch weder die Führer noch die Mitgliedschaft als Ganzes Verständnis für die enge Verknüpfung der Lage der Arbeiter mit dem Wohlstand der Bauern gewonnen haben.

Auf dem Gewerkschaftskongreß 1932 war einiger Widerstand gegen die Zölle vorhanden, doch nur aus dem Grunde, weil sie den Industriellen zu Monopolstellungen verhelfen, die dann zu Lohnsenkungen ausgenutzt werden. Die schließ-

lich angenommene Resolution verlangt, daß an die Industrien keinerlei Subventionen, Prämien oder andere Unterstützungen gegeben werden sollen, wenn dabei nicht die gewerkschaftlichen Bedingungen gewahrt werden.

Aber solange die Arbeiter ihre Löhne und Arbeitsbedingungen auf Kosten der Bauern aufrechtzuerhalten suchen, wird sich die Krise verschärfen, und die Arbeiter schädigen sich selber.

In Australien hängt, genau wie in Deutschland und auf der ganzen Erde, der Wohlstand der Bauern von dem Wohlergehen der Arbeiterschaft, und das Wohlergehen der Arbeiterschaft von dem Wohlstand der Bauern ab. A. F.

ENGLAND

Subventionierung des Weizenbaus. Am 1. Januar 1933 werden erstmals die vorgesehenen Subventionen ausgeschüttet. Bezahlt wird die Differenz zwischen dem „Standardpreis“ von 10 Schilling (7 Mark) pro Zehntner und dem tatsächlich erzielten Marktpreis, der im Durchschnitt kaum mehr als die Hälfte des Standardpreises betrug. Zunächst werden rund 1 1/4 Millionen Pfund Sterling zur Verteilung kommen. — Es ist eine schiefe Ebene, auf die sich England begeben hat!

ARGENTINIEN

Das Alte wird gestürzt . . . : Nachdem Argentinien 70 Jahre lang aus seinem Handelsvertrag mit Deutschland die Verpflichtung zur Meistbegünstigung gegenüber Deutschland herausgelesen hat und auch danach gehandelt hat, macht es neuerdings den Versuch, diese Verpflichtung zu bestreiten. Seit 15. November werden die deutschen Lieferungen nach Argentinien tatsächlich nicht mehr als Lieferungen aus einem Meistbegünstigungsland behandelt. Alle deutschen Vorstellungen bei der argentinischen Regierung sind bisher erfolglos geblieben. Sie hat nunmehr angekündigt, daß Argentinien von der deutschen Meistbegünstigungsliste gestrichen wird, falls bis zum 10. Januar 1933 keine Einigung erzielt worden ist. — So wird es gemacht: Wenn die Erfüllung von Verträgen unangenehm wird, legt man sie einfach anders aus.

GR ECHENLAND

Ein Lichtstreifen am internationalen Handelshimmel: Die griechische Regierung hat den Zoll auf die Einfuhr von 160 000 Tonnen kanadisches, argentinisches und australisches Getreide aufgehoben. Dadurch soll eine Brotverteuerung vermieden werden.

DEUTSCHLAND

Ausfuhrverbot zur Begünstigung eines Syndikats: Fast sämtliche Torfwerke, die bisher in erheblichem Umfang Torf ausfuhrten, haben sich zu einem Torfausfuhrsyndikat zusammengeschlossen. Um „eine einheitliche Bearbeitung der ausländischen Märkte“ zu sichern, auf deutsch: um Außenseiter auszuschalten — hat das Reichswirtschaftsministerium die Ausfuhr von Torf ausfuhrten und Torfmüll ohne besondere Bewilligung verboten.

Spareinlagen wieder gestiegen:

Spareinlagen Ende Oktober . . .	9 760 Mill. Mark
Zugang im November:	
echte Neueinlagen	350 „ „
Zinsgutschriften	2 „ „
Aufwertungsgutschriften	11 „ „
	10 123 Mill. Mark

Auszahlungen im November 340 „ „

Spareinlagen Ende November . . . 9 783 Mill. Mark

Nachdem der Einlagenbestand bereits im Oktober um 26 Millionen Mark zugenommen hatte, ist er im November um weitere 23 Millionen Mark gestiegen. — Wächst das Vertrauen?

FRANKREICH

Sparguthaben in Paris nehmen zu. Bei der Pariser Sparkasse haben die Spareinlagen im Verlauf des Jahres 1932 von 1259 um 178 auf 1437 Millionen Francs zugenommen.

Kartellpreise für Eisen im Kleinhandel. Der französische Stahlwerksverband hat mit den kleinen Eisenhandelsfirmen ein Abkommen über „Vereinheitlichung“ der Kleinhandelspreise getroffen, zu deutsch: über ihre Hochhaltung.